



Staatswissenschaftliche Fakultät
Master Soziologie
Sommersemester 2010

Masterarbeit:

**„Der Beitrag des Kulturstraßenprogramms des Europarates
zur Entstehung einer europäischen Identität“**

Erstbetreuer: Frau Dr. Sabine Sander
Zweitbetreuer: Herr Dr. Patrick Wöhrle

31. August 2010

Caroline Fischer
Ma-Nr: 22350
caroline.fischer@stud.uni-erfurt.de

Inhalt:

	<i>Seite</i>
1 Einleitung.....	4
2 Europäische Identitäten bis zum 18. Jahrhundert.....	6
3 Identität durch Alterität.....	7
4 Europäische Identität in der Nachkriegszeit.....	8
5 Die Suche nach europäischer Identität durch Europäische Union und Europarat	9
6 Europäische Identität als politischer Legitimationsfaktor.....	13
7 Europarats-Identitätspolitik als zweckfreies Nachdenken über Kultur.....	14
8 Starke Nationalstaaten als Ausgangspunkt.....	14
9 Die Identität der Nationalstaaten und das kulturelle Gedächtnis.....	17
10 Europäisches Leitmotiv: In Vielfalt geeint.....	19
11 Zweierlei Grundverständnis über das Verhältnis von Nation und Europa.....	21
12 Das Territorium Europas.....	22
13 Natürliche Hybridisierung nationalstaatlicher Identität und Öffnung nach oben	24
14 Identität im Gründungsstatut und in der Kulturkonvention des Europarates.....	27
15 Identität im „Dokument über die europäische Identität“ der Europäischen Gemeinschaften.....	30
16 Die Weiterentwicklung des Identitätskonzeptes der Europäischen Union: Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft.....	33
17 Konsens versus Dissens: Europäische Kultur und Identität als Verhandlungssubjekt.....	37
18 Die Weiterentwicklung des Identitätskonzeptes des Europarates: Europa als Diskursgemeinschaft.....	38

19	Herausforderungen an einen europäischen Identitätsbegriff.....	40
	19.1 die Veränderlichkeit des europäischen Territoriums.....	40
	19.2 Integration nationaler/ nationalistischer Geschichte:	
	Europa der Brüche und Spaltungen.....	42
	19.3 West-/ Mittel-/ Osteuropa: den alten Feind integrieren.....	44
20	Werte- und Kulturgemeinschaft oder Diskursgemeinschaft.....	46
21	So nun diskutiert!.....	48
22	Das Kulturstraßenprogramm des Europarates als (Kern-)Instrument zur Beförderung eines europäischen Identitätsdiskurses	
	22.1 Entstehung und Grundgedanke des Kulturstraßenprogrammes.....	49
	22.2 Definition der Kulturstraßen des Europarates.....	50
	22.3 Institutionalisierung des Kulturstraßenprogrammes.....	51
	22.4 Zielvorstellungen des Programms.....	53
	22.5 Kulturtourismus als Motor europäischer Identitätsbildung.....	56
	22.6 20 Jahre Kulturstraßenprogramm des Europarates.....	58
	22.7 Neugewichtung der Netzwerkanforderungen.....	59
23	Fazit.....	61
24	Literaturverzeichnis.....	64

1 Einleitung

In einer zunehmend globalisierten Welt vervielfachen sich die Verflechtungen zwischen den Gesellschaften, erfordern neue Formen von Zusammenarbeit zwischen Staaten und stellen die langfristige Zukunft der traditionellen Nationalstaaten in mehrerlei Beziehung in Frage.

Eine politische Reaktion auf diese Entwicklung ist die Gründung supranationaler und intergouvernementaler Staatenbünde, die meist auf die Durchsetzung länderübergreifender wirtschaftlicher und politischer Interessen gerichtet sind. In unserer Gegenwart existieren weltweit mehrere solcher Staatenbünde, die auf die komplexe Entwicklung großer geographischer Gebiete zielen und durch umfassende Kooperationen gemeinsame Zielstellungen realisieren und kohärenten Fortschritt befördern, um die Chancen von Vielfalt nach innen und Einheit nach außen zu nutzen.

Diese strategischen Kooperationen, die, durch Abkommen und Verträge fundiert, als nachhaltige Projekte immer mehr Kompetenzen übernehmen, werden meist von herrschenden Eliten konstruiert und künstlich errichtet. Aus nationalen Einzelinteressen entstehen gemeinsame Zielstellungen, die nicht mehr nur nationalstaatliche Sichtweisen addieren, sondern anhand derer gemeinsame grenzübergreifende Arbeitsprogramme entwickelt werden.

Ein herausragendes und für uns greifbares Beispiel sind dabei die Prozesse der Europäischen Integration, die durch Europäische Union und Europarat als intergouvernementale Strukturen die Einigung des Kontinents vorantreiben.

Die Bereitschaft der europäischen Völker, diesen Prozess emotional mit zu tragen, bleibt – wie Umfrageergebnisse und Wahlbeteiligungen seit Jahren zeigen – jedoch weit hinter den politischen Erwartungen zurück. Damit ist in einem demokratischen System die latente Gefahr verbunden, dass der vordefinierte europäische Einigungsprozess scheitern kann, wenn er nicht von einer Entwicklung begleitet wird, die innerhalb der bestehenden Selbstbilder einer Bevölkerungsmehrheit das „Europäische“ verankert und stärkt.

Dazu bedarf es neben formaler politischer Gleichheit vor allem einer Identifikation der Bürger mit dem demos als politischem und rechtlichem Begriff für ein 'europäisches Volk', also eines Mindestmaßes an gemeinsamer europäischer Identität. Die Frage nach dieser europäischen Identität wird deshalb auf politischer Ebene als auch in verschiedenen Wissenschafts-

disziplinen, z.B. den Politik-, Sozial- und Kulturwissenschaften, als eines der bedeutendsten Probleme zu Beginn des neuen Jahrhunderts diskutiert.

Jedoch ist Europa dabei weder kulturell noch geographisch eindeutig zu bestimmen; es ist weder nach außen eindeutig abgrenzbar noch in sich homogen und die bestehenden Identitätsangebote für eine Selbstbeschreibung als Europa sind dementsprechend unterschiedlich. Differierende Vorstellungen von kollektiver europäischer Identität konkurrieren miteinander, interagieren und überlagern sich. Kulturelle Differenzen in Religion, Sprache, ethnischer Zugehörigkeit etc. verbinden und kreuzen sich mit geographischen, historischen und politischen Unterschieden. Hinzu kommen Differenzen in Klasse und Status sowie zwischen Stadt und Land. Diese komplexen Systeme artikulierter Differenzen befinden sich in permanenter Bewegung, bilden keine singuläre, in sich kohärente Europakonstruktion, sondern vielmehr ein bewegliches Diskursfeld, dem das Streben nach einer stabilen Selbstbeschreibung gegenübersteht.

Dem folgend will diese Arbeit zunächst ganz grundlegend zu beantworten versuchen, wie kollektive Identität überhaupt und konkreter, wie sie in politischen Konstrukten mit einer ursprünglich heterogenen Bevölkerung entstehen kann. Es ist festzustellen, dass Identität keine urwüchsiges Wesen darstellt, sondern ein von Rahmenbedingungen abhängiges soziales Konstrukt, das in seinem Entstehungsprozess Barrieren und Schwierigkeiten zu überwinden hat. Dazu soll am Beispiel der nationalstaatlichen Identitäten analysiert werden, welche Konzepte zur Herausbildung eines Wir-Gefühls warum in Europa erfolgreich waren und ob diese auch auf transnationale Ebene übertragbar sind.

Auf der Kenntnis dieser Mechanismen aufbauend, gilt es zu beantworten, welche Identitätskonzepte die dominierenden Staatenbünde in Europa – die Europäische Union und der Europarat – entwickelt haben, um eine kollektive Identität für das europäische Volk zu installieren. Wie sehr lehnen sie sich dabei an nationalstaatliche Konstrukte an oder wie sehr haben sie neue Ansätze für eine europäische Identitätsbildung gesucht und gefunden?

Im Kontext der spezifischen Herausforderungen einer europäischen Identität im 21. Jahrhundert im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Globalisierungs- und Individualisierungsprozessen sollen die Identitätskonzepte von EU und Europarat dann zueinander in Beziehung gesetzt werden, um zu hinterfragen, auf welcher Basis ein Zusammenhangs-

bewusstsein zwischen den Völkern fußen kann und wie leistungsfähig die theoretischen Konzepte im Kontext ihrer eigenen Zielstellungen sein können.

Die Beförderung einer europäischen Identität darf jedoch nicht auf einer rein theoretisch-konzeptionellen Ebene verharren, wenn sie für und in Bevölkerung wirksam werden soll. Im Anschluss der Analyse der politischen Vorstellungen, wie europäische Identität zu befördern sei, wird deshalb am Beispiel des Kulturstraßenprogrammes des Europarates zu untersuchen sein, wie sehr sich die theoretischen Überlegungen mithilfe konkreter Instrumente auf die Ebene der Bürger übertragen lassen und dort praktisch wirksam werden können.

2 Europäische Identität bis zum 18. Jahrhundert

Die europäische Identität ist kein neues Projekt.¹ Schon vor der Zeitenwende stand die Frage, wo die Grenzen Europas im Osten und Süden des Kontinents sind – länderübergreifende Vorstellungen des Kontinents bildeten sich deshalb in Abgrenzung zu Asien und Afrika früh. Zwei Identitätsbilder sind dabei in der Geschichte Europas auszumachen. In der Neuzeit findet sich die erste Selbstbeschreibung Europas im Mittelalter und fußt auf einer Identität als Christenheit. Das Wort 'Europa' war dabei im Sprachgebrauch selten, eher wurde das Wort 'christianitas' verwendet. Demnach grenzten sich nicht Europäer von Asiaten und Afrikanern ab, sondern Christen von Heiden.

Hervorhebenswert für die Fragen gegenwärtiger Identitätsbildung ist dabei, dass die frühe Identität Europas nicht aus sich heraus entstanden ist. Der Konflikt mit den Anderen trieb die Entstehung eines ersten Bewusstseins christlich-europäischen Zusammenhangs voran – die Vorstellung 'Europa' tauchte damals am ehesten in Berichten über Kriege mit Nicht-Europäern auf.²

Bis ins 18. Jahrhundert hinein brachte dann die Furcht vor den vordringenden Türken – noch 1683 vor Wien – das bis dahin äußerst uneinige Europa dazu, tatsächlich zusammen zu rücken und sich, in den Schriften der Intellektuellen, als zusammengehörig zu denken. Vom 15. bis zum 18. Jahrhundert begann die Idee der umspannenden Christenheit für die Vorstellung eines Völker und Staaten umspannenden Europas an Wirkkraft zu verlieren. Der Aufstieg zu-

¹ Kocka [2002] S. 52 ff.

² Die Krieger, die unter Karl Martell im Jahre 732 in der Schlacht bei Tour und Poitiers die Araber geschlagen haben, werden in der Chronik erstmals als „Europenses“ bezeichnet – das Wort taucht dann während der Kreuzzüge und erneut nach dem Fall Konstantinopels auf.

nehmend souveräner Territorialstaaten, die Spaltung der lateinischen Kirche und die Religionskriege, die europäische Expansion in nicht-europäische Weltteile und die Herausbildung säkularisierter europäischer Kultur führten zum Bröckeln dieser einenden Identitätssignifikante. Europa verstand sich nun als Ausgangspunkt universaler Modernisierung, als Region, von der die Menschenrechte, die moderne Wissenschaft, der moderne Staat und andere Errungenschaften ausgingen - Europas Identität fußte nun auf Selbstvergleich mit Anderen.

Die Identität Europas beruht demnach, seit sich der Kontinent als zusammengehörig begreift, bis ins 20. Jahrhundert hinein auf der Abgrenzung vom Außereuropäischen und nicht primär auf einer identitätsstiftenden Selbstbeschreibung. Die Signifikanten dieser Unterschiede zu den umgebenden Alteritäten haben sich dabei im Laufe der Zeit gewandelt und peu à peu verschiedene fremdgenerierte Selbstbeschreibungen des Kontinents – christlich, modern, aufgeklärt - hervorgebracht, die die Unterscheidungen begründen und greifbar machen.

Jürgen Kocka beschreibt diesen Zusammenhang wie folgt: „Krieg und Kriegsgefahr haben bereits kräftig zur Herausbildung eines europäischen Selbstverständnisses, eines europäischen Zusammenhalts beigetragen. In der Aggression der Kreuzzüge schloss sich die abendländische Christenheit fester zusammen. In der Abwehr der Türken bildete sich europäische Gemeinsamkeit und ergaben sich praktische Gelegenheiten, den Begriff 'Europa' zu verwenden und zu verbreiten [...] Und in der Ära des Kalten Krieges hat die Wahrnehmung der sowjetischen Gefahr den Zusammenschluss des westlichen Kleineuropas erleichtert.“³

Nach den beiden Weltkriegen verblasste im 20. Jahrhundert die geschlossene Abgrenzung Europas gegenüber dem Außereuropäischen – der Selbstvergleich als Mechanismus, um sich selbst zu definieren, blieb jedoch erhalten.

3 Identität durch Alterität

Dieses Identitätskonzept sieht Identität und Alterität in einem sich gegenseitig beeinflussenden Wechselspiel, denn kollektive Identitätsbildung einer vorgestellten Gemeinschaft (imagined community) braucht Abgrenzung vom Anderen. Derrida geht davon aus, dass jede Bedeutung über einen Prozess der Differenzierung entsteht und somit auch Kontinente ihre kulturelle Bedeutung über ein Sich-In-Beziehung setzen zu anderen erhalten.⁴ Die Identitätskon-

³ Kocka [2002] S. 52 ff.

⁴ Derrida [1976] S. 422ff. nach Quenzel [2005] S. 98

struktion fußt dabei auf der Konstruktion von Grenzen zwischen einer Gemeinschaft von Gleichen und einer (zunächst) Vielfalt von Außenstehenden⁵. Im Zuge kollektiver Identitätsbildung werden diese anderen zu 'den Anderen' welchen gleichermaßen eine gemeinsame kollektive Identität zugesprochen wird.

Dadurch entstehen immer zwei vorgestellte Gemeinschaften gleichzeitig – das christliche Europa und das Heidentum, das moderne Europa und die Barbaren, das aufgeklärte Europa und der rückständige Osten. Der Prozess der Abgrenzung führt demnach zur Etablierung eines Gegenübers und zur Homogenisierung nach innen. Differenzen innerhalb der eigenen vorgestellten Gemeinschaft werden zugunsten einer übergeordneten Einheit nachrangig. Durch die Etablierung einer privilegierten Signifikanten werden Differenzen, die früher als antagonistisch galten, zu einfachen Unterschieden, die zueinander in einem nicht-oppositionellen Verhältnis stehen⁶⁷.

Deshalb muss die „Geschichte der geographischen Grenzziehungen um Europa [...] als eine Geschichte kultureller Abgrenzung gelesen werden, in der geographische und kulturelle Beschreibungen im Prozess der Bestimmung Europas ineinander übergehen und Pole einer reziproken Bedeutungszuweisung bilden. Im Ergebnis bedingen sie einander, mit der Folge, dass mit der Aufrufung der geographischen Beschreibung die kulturelle Bedeutung mit aufgerufen wird und umgekehrt die kulturelle Beschreibung mit der geographischen.“⁸

4 Europäische Identität in der Nachkriegszeit

Nach 1945 erhielt die Frage nach einer Identität Europas und seiner Völker eine neue Brisanz. Die bisherigen identitätsstiftenden Konstruktionen von sich selbst und dem alteritären Gegenüber waren durch die Weltkriege ins Schleudern geraten und mussten im Zuge neuer Formen von innereuropäischer Zusammenarbeit reorganisiert werden.

Diese Kooperationen waren zunächst nur die Fortsetzung einiger militärischer Allianzen, die sich während des Krieges gebildet hatten. Mit dem Vertrag über die Westunion vom März

⁵ vgl. Giesen [1999] S. 130

⁶ vgl. Laclau, Mouffe [1991] S. 176ff.

⁷ Zudem finden in den Abgrenzungsprozessen Definitionen der internen Anderen statt. Alle europäischen Identitätskonstruktionen haben einen territorialen Bezug. Die internen Anderen sind jene, die sich im Territorium Europas befinden, sich aber nicht in die Identitätskonzeption einfügen.

⁸ Quenzel [2005] S. 98

1948 verlängerten beispielsweise Frankreich, Großbritannien und Belgien ihre Allianz. Diese Allianz sollte später erweitert werden und die Westeuropäische Union (WEU) bilden. Fast gleichzeitig begann im April 1948 auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa mit der Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEZ), aus der später die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurde. Das politische Europa entstand kurz darauf mit der Gründung des Europarates, der eine Erweiterung der europäischen Zusammenarbeit auf zahlreiche politische, technische, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen ermöglichen sollte. 1957/58 entstanden mit der Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Vorgängerbündnisse der Europäischen Union.

Da die OECD eine Organisation ist, an der nicht nur europäische Staaten beteiligt waren und der Vertrag der WEU im Jahr 2010 ausgelaufen ist, lässt sich die Identitätsfrage in Bezug auf Europa sinnvollerweise nur in Bezug auf die EU und den Europarat stellen. Zwar reichen die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht an die derzeit 47 des Europarates heran, gleichzeitig kann aber nirgendwo ein höherer Grad an Integration, institutioneller und konstitutioneller Verdichtung, ja Verflechtung festgestellt werden als in der EU. Aufgrund dieser Unterschiede einerseits und des geteilten Anspruchs, Europa *zu* 'sein' ist ein Vergleich der Identitätskonzepte beider Staatenbünde interessant.⁹

5 Die Suche nach europäischer Identität durch Europäische Union und Europarat

Zunächst spielte bei der Gründung der EWG als Vorläufer der EU die Frage nach einer europäischen Identität keine Rolle - in den Gründungsverträgen von Rom wurden ausschließlich wirtschaftliche Ziele formuliert. So formuliert Artikel 2 des Vertrages zur Gründung der EWG von 1957: "Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft" zu gewährleisten.

Zwar hatten die Gremien der EWG schon begonnen, sich mit Fragen der Kultur und Bildung zu befassen und förderten Einzelaktionen zur Herausbildung einer gemeinsamen kulturellen Identität, z.B. durch europäische Kulturfestivals, die Förderung von transnationalem Jugend-

⁹ Schmale [2008] S. 15 ff.

austausch etc.. Die Beschäftigung mit dem Begriff der 'europäischen Identität' blieb jedoch politisch noch ohne Belang - bis sie Ende der 60er Jahre zu einem wirkmächtigen Thema wurde.

Dem folgend haben erstmals im Dezember 1973 die Außenminister der 9 EG-Staaten dazu das „Dokument über die europäische Identität“ verabschiedet und beschreiben dessen Intention als nähere Bestimmung ihrer „Beziehungen zu den übrigen Ländern der Welt sowie ihre Verantwortlichkeiten und ihren Platz in der Weltpolitik“¹⁰.

Im Gegensatz zu dieser späten Entwicklung und dem Schwerpunkt auf die Außenbeziehungen Europas hat der Europarat die Beförderung eines europäischen Wir-Bewußtseins schon 1949 in seinen Gründungsdokumenten nach innen gerichtet, indem er die „Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern unterschiedlicher Kulturen“¹¹ als originäre Aufgabe definiert. Er widmet sich dem Thema weniger außenpolitisch und wirtschaftlich, als vielmehr in ideeller Weise. Der Europarat versteht sich als Plattform, mit Hilfe derer die europäischen Völker ins Gespräch kommen bzw. im Gespräch bleiben können. Der Netzwerkgedanke ist die wesentliche Grundlage der Aktivitäten des Council of Europe.

Seine Kultur- und Identitätspolitik beginnt dann 1954 mit der Europäischen Kulturkonvention (European Cultural Convention) schon 20 Jahre vor der der Europäischen Union und zielt auf die „Förderung einer europäischen kulturellen Identität und die Entwicklung einer Politik zum Schutz des Kulturerbes“¹², „das Kulturprogramm des Europarates zielt ab auf die Bewusstseinsbildung und Entwicklung der facettenreichen europäischen Identität“¹³.

Auch wenn beide Staatenbünde mit ihren Identitätspolitiken heute gleichermaßen darauf orientieren, „einen engeren Zusammenschluss unter ihren Mitgliedern zu verwirklichen“¹⁴, muss man ihre ursprünglichen Intentionen unterscheiden. Während der Europarat europäische Identität als bürgerschaftlich versteht und zur dauerhaften Friedenssicherung und für einen tole-

¹⁰ Dokument über die europäische Identität (1973) In: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 12. S. 131-134. abgerufen unter: http://www.ena.lu/dokument_europaische_identitat_kopenhagen_14_dezember_1973-030002278.html abgerufen am: 10. Mai 2010

¹¹ Council of Europe – Selbstdarstellung: Bereich: Ziele. abgerufen unter: <http://www.coe.int/aboutCoe/index.asp?page=nosObjectifs&l=de> abgerufen am: 10. Mai 2010

¹² Klein [2005] S. 101

¹³ Council of Europe/ Conseil de l'Europe [2002] S. 69 nach Klein [2005] S. 103

¹⁴ Statut des Europarates, Artikel 1 und Präambel des EWG-Vertrages

ranten Umgang der Menschen in Europa installieren will, stehen bei der Europäischen Union politische Legitimationsfunktionen und Positionierung gegenüber dem Außereuropäischem im Vordergrund. Das ist unter Anderem am Zeitpunkt und am Kontext der Entstehung der Identitätspolitik ablesbar.

Die vorrangig wirtschaftliche Zusammenarbeit der EG erweiterte sich 1967 mit der Vereinigung der Organe der drei Europäischen Gemeinschaften, der Gründung der gemeinsamen Kommission, des Ministerrates sowie des Europäischen Parlamentes. In immer mehr Handlungsfeldern begannen die Mitgliedstaaten der EG gemeinsam zu agieren, seit 1992 wurde und wird die nunmehr Europäische Union genannte Staatengemeinschaft zu einer Einheit, in der immer mehr politischen Bereiche verhandelt werden - nicht nur wirtschaftliche.

Diese konkreten Weiterentwicklungen stellten jedoch auch neue Anforderungen an einen europäischen Zusammenhalt. Die Verlagerungen politischer Entscheidungen von nationalstaatlicher auf transnationale Ebenen, die Entwicklung von einem supranationalen zu einem intergouvernementalen Staatenbund sind Preisgaben von Befugnissen und Macht. Immer mehr Elemente des gesellschaftlichen Lebens gelangen von nationalstaatlicher auf europäische Ebene und daraus folgt die Notwendigkeit, diese den Bürgerinnen und Bürgern Europas und vor allem den nationalen Machteliten so nahe zu bringen, dass sie diese mittragen – sie müssen sich als Europäer fühlen. Damit scheint die Beschäftigung mit europäischer Identität durch die Gremien der EU als kalkuliert.

Peter Wagner beschreibt die plötzlich intensive Thematisierung von Identitätskonstruktion in den 70er Jahren plausibel als Reaktion auf sich verändernde Lebenswirklichkeit. „Es ist der Moment, in dem der Nachkriegsschwung der europäischen Integration nachlässt. Der Gemeinsame Markt ist geschaffen, aber Versuche, darüber hinaus zu gehen, treffen auf Zurückhaltung und Widerstand. Der Schwung der Weltwirtschaft, der über die drei 'gloriosen Jahrzehnte' der Nachkriegszeit angehalten hatte, erlahmt auch. Das Weltwährungssystem zerbricht, die erste Ölkrise macht keynesianische Wachstumspolitik problematisch, Europa steht kurz vor der ersten richtigen Rezession seit dem Ende des Krieges.“¹⁵

Die Europäische Integration war in eine Sackgasse geraten und steuerte auf eine Krise zu. Eine Krise, die anderer Orientierungen für eine europäische Gemeinschaft bedurfte und etwas

¹⁵ Wagner [2005] S. 498

Stabileres, Eigenes als Basis für Weiterentwicklung fordert – eine gemeinsame europäische Identität.

Ein ähnlicher Prozess war nach den negativen Voten in Frankreich und den Niederlanden über die Annahme einer europäischen Verfassung erneut zu beobachten. Der Verfassungsvertrag, der die politische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union beschleunigen sollte, ist gescheitert und gleichzeitig wird das Bild Europas als Werte- und Kulturgemeinschaft wieder populärer. Auch Helmut König sieht die Parallelität dieser Vorgänge nicht als zufällig, sondern als sich bedingend an: „Wenn es politisch und institutionell mit Europa nicht weitergeht, folgt eine Zeit der Beschwörung kultureller und moralischer Gemeinsamkeiten. Für Sonntagsreden aller Art und als Kur gegen Europa-Resignation und Europa-Verdrossenheit ist das allemal hilfreich und gut. Die Botschaft lautet, dass Europa mehr ist als ein Wirtschafts- und Handelsraum, mehr als ein gemeinsamer Markt, mehr als eine Zweckgemeinschaft zur Steigerung des Wohlstands der Nationen, mehr als ein einheitlicher Raum von Sicherheit und Wohlfahrt. Europa besitzt eine so reiche und so weit zurückreichende gemeinsame Kultur, dass Stockungen und Blockaden auf dem Wege seiner politischen Integration nur von marginaler Bedeutung sind und nicht lange anhalten werden. Das europäische Gedächtnis, das diese reiche kulturelle Vergangenheit in Erinnerung ruft, dient als eine Art von Rückversicherung: Die Kultur- und Wertegemeinschaft Europa ist das Sicherheitsnetz, in dem die kleinen und großen politischen Abstürze aufgefangen werden können.“¹⁶

Dies legt die Ausgangsüberlegung nahe, dass Identitätsdiskurse innerhalb der Europäischen Union als Krisenzeichen begreifbar sind, scheint man doch erst dann anzufangen, sich über gemeinsame Vorstellungen und Leitwerte zu verständigen, wenn diese selbst in Frage stehen, umstritten oder nicht mehr herstellbar sind.¹⁷

¹⁶ König [2008] S. 9

¹⁷ "Die Konjunktur des Identitätsproblems antwortet auf den Fundamentalbefund der modernen Temposteigerung des sozialen Wandels und die dadurch ausgelösten Modernisierungskrisen. Wo immer weniger identisch bleibt, rufen immer mehr immer häufiger nach Identität: je mehr die Realität Identität entbehren muß und vermißt, desto mehr wird Identität wissenschaftlich und philosophisch zum ausdrücklichen Fundamentalthema." (Marquard, Odo (1979): Schwundtelos und Mini-Essenz. Bemerkungen zur Genealogie einer aktuellen Diskussion. In: Marquard, Odo/ Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität - Poetik und Hermeneutik, Bd. 8. München. S. 347 – 369. S. 352. nach: Hacke, Jens: Wir-Gefühle. abgerufen unter: <http://www.eurozine.com/3> abgerufen am: 26. Juli 2010

6 Europäische Identität als politischer Legitimationsfaktor

Die Europäische Union bedarf demnach einer europäischen Identität zur Legitimation ihrer politischen Befugnisse und zur Vertiefung der Prozesse politischer Integration. Mit der zunehmenden Übertragung nationaler Entscheidungsmonopole auf die Gemeinschaft stellt sich nach wie vor die Frage nach dem Souverän. Nur die Gesamtheit der Bevölkerung der Mitgliedstaaten und ihre gewählten Vertreter als europäischer 'demos' könnte die demokratischen supranationalen Sphären der EU legitimieren. Die Voraussetzung für diese Gemeinschaft wäre wiederum ein Mindestmaß an gemeinsamer, europäischer Identität.¹⁸

Politikwissenschaftlich lässt sich diese Überlegung im Bereich der Inputlegitimität systematisieren.¹⁹ Input als Legitimationsbereich einer Demokratie meint dabei die Einbindung des Volkes, während sich Output auf die Ergebnisse bezieht, die ein System hervorbringt. Die Inputlegitimation als Beteiligung der Bürger muss dabei strukturell immer zwei Grundmechanismen gewährleisten, um das Gesamtsystem zu legitimieren: die ‚Identifikation‘ des Einzelnen mit Allen, die die Frage beantworten muss, was eint die Bürger eines Systems und macht sie im Rahmen der Demokratie gleich; und Formen der ‚Differenz‘, die demgegenüber der Verschiedenheit der Menschen und ihrer politischen Meinungen Raum geben müssen und so strukturell die Frage beantworten, was die Bürger voneinander unterscheidet.

Diese Legitimationsfunktionen wurden ursprünglich als Analyseinstrumente für demokratische Basismechanismen definiert und werden dazu auf politische Gleichheit im Sinne gleicher demokratischer Rechte (als Identifikation) und Formen der Repräsentation (als Differenz) bezogen. Dennoch lässt sich aus ihnen eine Kernfunktion für eine den Bürgern gemeinsame europäische Identität ableiten. Eine potentielle politische Gleichheit der europäischen Bürger ist zwar Voraussetzung für die Legitimation supranationaler Entscheidungen der Europäischen Union, ebenso wichtig ist aber das Interesse der Bürger, sich tatsächlich mit diesen Entscheidungen auseinander zu setzen, sie wahrzunehmen und Positionen zu beziehen. Ohne das Bewusstsein der europäischen Bürger, dass sie Teil Europas und die Entscheidungen der EU letztendlich ihre Entscheidungen sind, bleiben politische Rechte Hohlkörper, die nicht genutzt werden. Eine europäische Identität soll hier eine aktivierende Gemeinsamkeit hervorbringen, die den einzelnen Bürger zum europäischen Akteur werden lässt.

¹⁸ Scharpf [1999] S. 672

¹⁹ vgl. Scharpf [1970]

7 Europarats-Identitätspolitik als zweckfreies Nachdenken über Kultur

Im Vergleich dazu steht der Europarat unter einem weitaus geringeren Legitimationsdruck. Er fungiert als rein intergouvernementaler Staatenbund ohne supranationale Entscheidungssphären. Er agiert in erster Linie als beratendes Organ, verbindliche Entscheidungen werden von seinen angegliederten Institutionen wie beispielsweise dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte getroffen, die wiederum eigene Legitimationsstrukturen innehaben und damit nicht auf den Europarat als Ganzes zurückwirken. Dadurch kann dieser politische Zusammenschluss viel freier agieren, wenn auch mit weniger Konsequenzen für den Bürger. Der Europarat arbeitet an den Fragen nach europäischer Kultur und Identität in höherem Maße um ihrer selbst Willen und zweckfrei.

Aus diesen unterschiedlichen Aktionsmöglichkeiten und -zwängen der Europäischen Union und des Europarates sind nun verschiedene Konzepte zum Umgang mit europäischer Identität und Kultur entstanden, die zunächst beide mit denselben tradierten Identitätskonzepten in Europa konfrontiert sind: dominanten Identitäten der Nationalstaaten, die mit einer europäischen Identität interagieren müssen.

8 Starke Nationalstaaten als Ausgangspunkt

Die größten Einheiten kollektiver und territorialer Identitäten in Europa sind bisher die Nationalstaaten, obwohl der Nationalisierungsprozess mehrheitlich erst im 19. Jahrhundert begonnen hat und die Nation als Kollektiv damit noch sehr jung ist. In Bezug auf das kurze Selbstverständnis dieser nationalen Identität zitierte Peter Glotz 1993 in einer Rede in Weimar den Sozialwissenschaftler Karl W. Deutsch mit folgendem Beispiel: Als nach dem Ersten Weltkrieg eine Kommission die Grenzen zwischen Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen festlegen sollte, kam sie in ein kleines Dorf in den Karpaten, wo die drei Länder aufeinander stoßen. Die erste Frage, die die Kommission den Dorfbewohnern stellte, lautete: Welche Nationalität habt ihr? Die Antwort war ein unverständliches Brummen. Dann wurde erneut gefragt: Was seid ihr: Ungarn, Polen, Tschechen, Slowaken, Ukrainer? Die Dorfbewohner antworteten einfach: „Wir sind von hier.“ Die Folgerung, die Deutsch aus dieser Geschichte zog, lautete: Noch 1918 hatte also der Begriff, zu einer Nation zu gehören, für die Bewohner dieses kleinen Dorfes keine Bedeutung.²⁰

²⁰ Glotz [1993] S. 11 ff.

Die nationale Form des menschlichen Kollektivbewußtseins kann nicht als eine 'natürliche' Entwicklung aus dem vornationalen Gruppenzugehörigkeitsgefühl betrachtet werden. Die Entstehung der Fähigkeit, in der Kategorie der Nation zu denken, ist ein Produkt der modernen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung, die sich auf den Trümmern der vormoder- nen Wahrnehmungsformen entfaltet hat. Dennoch erscheint heute, kaum zwei Jahrhunderte nach der Französischen Revolution, die Nation als eine natürliche Form der menschlichen Vergesellschaftung. Die nationale Identität macht das willkürliche Territorium einer Nation zur Grundlage ethnischer, kultureller, wirtschaftlicher und rechtlich-politischer Elemente von Zugehörigkeit und schreibt den Bewohnern dieses Territoriums entsprechende nationale Eigenschaften zu.²¹ Deshalb ist die Entstehung von Nationalidentitäten für die Suche nach einer europäischen Identität so interessant und betrachtenswert. Im Unterschied zu regionalen und lokalen Identitäten, die im natürlichen Zusammenhang realer Lebenswirklichkeit entstanden sind, wurden nationale Identitäten in künstlich konstruierten politischen Räumen installiert und aufgrund dieser Eigenschaft können sie für die Herausbildung einer europäischen Identität in ebenso konstruierten europäischen Staatenbünden hilfreich sein.

Nation als scheinbare Abstraktion 'unserer Natur', unseres 'Wesens', unserer Identität ist dabei mit Normen und Wertmaßstäben verbunden, die in die Lebensgeschichte eines Menschen wirken, bevor die Person die Fähigkeit der Reflexion solcher Identität hat, deshalb wird der nationale Raum und die Zugehörigkeit zu ihm von seinen Bürgern als wahr und unveränderlich angesehen. Dagegen spricht die Wissenschaft über die Bildung von Nationen als „nation-building“²², um zu zeigen, dass die nationalen Gemeinschaften keineswegs natürlich waren und so vorgefunden wurden, sondern erst in einem langen Prozess von Aushandlungen, der Herausbildung einer gesellschaftlichen Ordnung und der Integration der Bürger in und Mobilisierung für diese politische Herrschaftsform herausgebildet wurden. Die Prozesse der Entstehung einer solchen Kategorie wie der Nation haben sich vollzogen, ohne dass sich die Menschen als 'mündige Bürger' für diese Entwicklung entschieden haben.

Negativ begleitet war dieser Prozess von Kriegen, Vertreibungen, Feindbildkonstruktionen und Ausgrenzungen, die die Organisation in der Form einer Nation erst möglich machten.

²¹ Kohli [2002] S. 113

²² vgl. Benedict Anderson, Siegfried Weichlein, Eric Hobsbawm, James Dobbins

Basierend auf den angeführten Elementen von Zugehörigkeit gibt es heute zwei verschiedene Erklärtraditionen für den Ursprung nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, wobei die eine ethnolinguistische Ursachen in den Vordergrund stellt und damit die Elemente ethnischer und kultureller Zugehörigkeit als begründend versteht. Ihr liegt ein naturalistisches Verständnis von Nation zugrunde, das eine biologische Gemeinschaft voraussetzt und das homogene Volk mit gleichen ethnolinguistischen Ursprüngen zum Ausgangspunkt einer Nation und schließlich des Staates macht.

Die andere konzentriert sich auf staatsbürgerschaftliche Ursachen und versteht wirtschaftliche und rechtlich-politische Elemente als dominierend. Hier ist der Staat Ausgangspunkt des Denkens, der eine Nation und schließlich auch ein Volk hervorbringt, dessen Loyalität zur Nation nicht durch einen gemeinsamen ethnolinguistischen Ursprung realisiert wird, sondern durch die Loyalität zur staatsbürgerlichen Gesellschaft und deren politischen Institutionen. "Nation" wird hier eng mit dem Staat verbunden und somit in erster Linie als eine politische Gemeinschaft definiert.²³

Zunächst scheinen beide Konzepte nicht auf Europa anwendbar. Die transnationalen Staatenbünde Europarat und Europäische Union können sich weder auf ethnolinguistische Homogenität ihrer Einwohner, noch auf Identität generierende Staatsbürgerschaft²⁴ berufen. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass keines der beiden Konzepte nationale Identität ausreichend erklärt und hinter der nationalen Identität ein weiterer Mechanismus Zusammenhalt sichert, der für die übergeordnete Ebene interessant sein kann. Denn wendet man die beiden Konzepte auf unterschiedliche Nationalstaaten in Europa an, so scheint weder das eine noch das andere ausreichende Erklärungskraft für die starke Ausbildung von Nationalidentität zu haben. Der ethnolinguistische Ansatz kann das Zusammengehörigkeitsgefühl von Bürgern multiethnischer Staaten, wie beispielsweise Belgien oder Spanien nicht ausreichend erklären. Das staatsbürgerliche Konzept stößt bei der Anwendung auf z.B. Italien ebenfalls an seine Grenzen.

Bevor man sich nun der Frage nähert, wie europäische mit nationalstaatlicher Identität interagieren kann und ob die Generierung nationaler Zusammengehörigkeitsgefühle Hinweise für die Installation einer europäischen Identität liefern kann, ist zu klären, welches zusätzliche

²³ vgl. Bielskis [2003] S. 2 f.

²⁴ Es gibt zwar die Europäische Staatsbürgerschaft in der Europäischen Union, diese wird jedoch über die nationale Staatsbürgerschaft in einem Mitgliedstaat generiert und nicht direkt durch Einwohnerschaft in der EU.

Element die Loyalität der Menschen zu ihren Nationen generiert und generationenübergreifend sichert.

9 Die Identität der Nationalstaaten und das kulturelle Gedächtnis

Grundsätzlich wird von kollektiver Identität gesprochen, wenn eine Einheit als solche über die Lebensspanne der ihr angehörenden Individuen hinaus Bestand hat. Da das Kollektiv nun kein Lebewesen bzw. keine physische Einheit ist, muss die Vorstellung von der Gleichheit der späteren mit den früheren Individuen, eben der Identität, künstlich hergestellt werden - durch Tradierung, Erzählung und Weitergabe im Sinne einer kulturellen Prägung. Hierfür wird die Geschichte der kollektiven Einheit essentiell, denn für eine gegebene Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft ist - auch in der Moderne - eine gemeinsame Vergangenheitsorientierung ausschlaggebend für die Identitätsbildung. Das Verhältnis einer sich formierenden und sich auf lange Zeit oder dauerhaft bewahrenden, mithin tradierten sozialen Gruppe zu ihrer Vergangenheit ist also ausschlaggebend für ihre Existenz, es bildet das „*mémoire collective*“²⁵.

Nach der Theorie des „kulturellen Gedächtnisses“²⁶ von Jan Assmann „imaginieren“ Glieder einiger Kollektive „Selbstbilder“ von ihrem Kollektiv und „kontinuieren über die Generationenfolge hinweg eine Identität, indem sie eine Kultur der Erinnerung ausbilden“²⁷. Das kulturelle Gedächtnis ist durch Ausweitungen von Kommunikationssituationen entstanden, die sich bei der Überbringung von Botschaften über längere Zeiträume einstellen. Dieses Gedächtnis blieb lange eng auf den konkreten Interaktionsrahmen bezogen und deckte sich weitgehend mit dem kommunikativen Gedächtnis. Mit der Erfindung der Schrift verfestigte es die kulturellen Bildungen und ermöglichte der Gemeinschaft „Akte der fundierenden Erinnerung“. Nun konnte die Gemeinschaft ihren sinnlichen Bedürfnissen folgend bestimmte Symbole zu Fixpunkten der Vergangenheit erklären, die als Ursprünge gelten sollten, auf denen sich die eigene Identität gründen ließ. Diese „Erinnerungsfiguren“ konnten Vergegenständlichungen wie Weg- und Grenzmarken, Monumente, Bilder, Denkmäler, Gebäude, Landschaften, aber auch Mythen sein.²⁸

²⁵ vgl. Halbwachs [1991]

²⁶ vgl. Assmann [2000], Assmann [1992]

²⁷ Assmann [1992] S. 18

²⁸ vgl. Enser [2003]

Interessant ist dabei, dass die Geschichte der eigenen Vergangenheit eines Kollektivs ein konstruiertes kulturelles Produkt ist und nur die eigene Vorstellung reflektiert, gleichzeitig aber von den Mitgliedern des Kollektivs als wahr betrachtet wird²⁹ und der Gruppe selbst das Gefühl gibt, sie sei etwas physisch Gegebenes. Das Kollektiv versteht sich als Einheit und Abstammungsgemeinschaft und dieses Bewusstsein der Zusammengehörigkeit spielt eine entscheidende Rolle für die Identität sozialer Gruppen³⁰. Kollektive Identität, vor allem auf der Ebene der Nationalstaaten, ist dabei in hohem Maße als 'politisches' Konstrukt zu verstehen und entstand nicht „zufällig“ aus den Kollektiven heraus.

Hans-Joachim Gehrke hat zum genaueren Verständnis dieser politischen Konstruktion, die für eine Übertragung auf europäische Ebene interessant ist, die Bedeutung der geteilten Vergangenheit vorstellung aus dem Konzept des kulturellen Gedächtnisses isoliert und in seiner Theorie der „intentionalen Geschichte“³¹ politischer Systeme systematisiert. Da die Geschichte eines Kollektivs in diesem Sinne nicht als physisch-biologische Realität, sondern als bewusste Zuordnung und Zuschreibung zu verstehen ist, haben alle drei verwendeten Begriffe doppelte Bedeutung: sowohl Intentionalität, als auch Geschichte und Identität sind einerseits kulturelles Erzeugnis und Konstrukt, andererseits scheinen sie als eine feste Größe, die man als wahr und unveränderlich gegeben hinnimmt. Durch diesen Begriff der Intentionalität kann hier die genuine Verbindung von Identität und Geschichte sichtbar gemacht werden – die Vergangenheit vorstellung einer Gesellschaft, sofern sie für ihre Identität (Konsistenz) wichtig ist, wird durch 'intentionale Geschichtsschreibung' konstruiert. Dieser Zusammenhang findet sich auch in den Konzepten über die „Geschichte als Erinnerung“³² bzw. „kollektive Erinnerung“, „kollektives Gedächtnis“³³ oder als „Sinn der Geschichte“³⁴.

Die so generierte kollektive Identität stabilisiert gegenwartswirksame Faktoren zur Sicherung des Kollektivverbandes: das unmittelbare Verhältnis gesellschaftlicher Gruppen untereinander, die Identifikation mit Institutionen und Symbolen und die Loyalität zum Kollektiv als Ganzes. „Im Unterschied zu dem nicht gerade präzisen Begriff der politischen Kultur verweist

²⁹ Das entspricht gleichzeitig dem klassischen Fall von Verdinglichung im Sinne des Konzeptes der „sozialen Konstruktion der Wirklichkeit“ von Berger/ Luckmann.

³⁰ vgl. Mühlmann [1938] S. 108 und 124 ff. nach Gehrke [2005] S. 36

³¹ Nicht „intentional“ im soziologischen Verständnis der absichtsvollen Reflektion durch das Individuum, sondern im Kontext des kollektiven Bewusstseins und des letzten Kernes von Zugehörigkeit.

³² Halbwachs

³³ Assmann

³⁴ Rösen

die 'kollektive Identität' dabei stärker auf nicht-rationale und emotionale Momente der Gemeinschaftszugehörigkeit.³⁵

Eine europäische Identität, von welchem Europa auch immer, muss sich nun zu diesen nationalen Identitäten in Beziehung setzen. Sowohl der Europarat als auch die Europäische Union sind als Zusammenschluss von Nationen entstanden und verstehen sich bis heute so, also ist die erste Aufgabe in der Beschreibung einer europäischen Identität die Definition ihres Verhältnisses zu den Identitäten ihrer Mitglieder.

10 Europäisches Leitmotiv: In Vielfalt geeint

Beide Gremien, sowohl die Europäische Union als auch der Europarat finden ihren Ansatz zum Umgang mit europäischer Identität im Bild eines geeinten Europas, das seine kulturelle und gesellschaftliche Heterogenität zulässt und sich bewusst ist, dass lokale, regionale, nationale und europäische Identität gleichermaßen existieren und sich nicht ausschließen - diese Idee findet sich im Grundsatz eines Europa als „In Vielfalt geeint“³⁶ wieder. Ziel ist in beiden Staatenbünden nicht das Ersetzen der nationalen Identitäten, sondern der Zusammenschluss der existierenden Kollektive. Der 1998 in Kraft getretene Amsterdamer Vertrag der EU formuliert dieses Ziel als Verwirklichung einer „immer engeren Union“ der Nationen Europas und fast wortgleich beschreibt der Europarat dieses Vorhaben als „engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern“ im französischen Text des Statutes des Europarates, Artikel 1.

Die Europäische Union betont dabei die Selbständigkeit der nationalen Identitäten sowohl im Kontext kultureller, als auch im Sinne politischer Identität. Im Kulturartikel 151 des Abkommens von Amsterdam wird als erstes Hauptziel deutlich formuliert „einen Beitrag zu leisten zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedsstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt“. Im Vertrag über die Europäische Union wird hervorgehoben, dass eines der Ziele "die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Staatsbürger der Mitgliedstaaten durch die Einführung einer Unionsbürgerschaft" ist und dass die Europäische Union "die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten respektiert."³⁷ Dieses Konzept kann als eine beispielhafte europäische Auffassung des offenen Nationalismus gesehen werden.

³⁵ Hacke [2008] S. 2

³⁶ „In Vielfalt geeint“ ist das offizielle Europamotto und versteht sich als Leitspruch, der als eines der Symbole der Europäischen Union zur Schaffung einer europäischen Identität beitragen soll. Er wurde im Jahr 2000 im Zuge eines Wettbewerbs ausgewählt und von der Präsidentin des Europäischen Parlamentes Nicole Fontaine bestätigt.

Diese deutliche Betonung der nationalen Eigenständigkeit ist dabei vor allem den supranationalen Strukturen geschuldet. Indem sich europäische Rechts- und Politikspähren über nationalen Strukturen bilden und diesen sogar befehligen können, ist die Garantie des Schutzes nationalstaatlicher Selbständigkeit notwendig. Dabei versteht sich die Europäische Union als System eines europäischen Föderalismus, in dem die Nationalstaaten als föderale Untereinheiten eines gemeinsamen Überbaus fungieren und Beschlüsse in starrer Hierarchie nach unten weitergegeben werden.

Wie bereits erwähnt, fehlen im Europarat supranationale Strukturen. Er arbeitet rein intergouvernemental und in seinen Gremien sind die Repräsentanten der nationalen politischen Eliten gleichberechtigt einbezogen. Dies führt zu einer strukturellen Dominanz der Nationalstaaten, so dass in seinen Vorstellungen von europäischer Identität die Wahrung des Nationalen nicht zusätzlich hervorgehoben wird. Parallel finden sich im Europarat jedoch zudem Versammlungsstrukturen, die die nationalstaatliche Ebene bewusst auslassen und direkt deren politische Untereinheiten zusammen führen³⁸. Damit werden andere, regionale Identitäten in die gemeinsame Arbeit einbezogen. In der Kammer der Regionen und Gemeinden Europas beispielsweise sitzen die föderalen Untereinheiten der Nationalstaaten und durchbrechen die gerichtete Weitergabehierarchie von Europa – Nation – Region. Für die Frage nach dem Identitätskonzept des Europarates ist das insofern interessant, als dass die Vielfalt, die der Europarat meint, nicht nur die Vielfalt der Nationalkulturen, sondern die der (nicht unbedingt politischen) Regionen ebenso einbezieht. Die zusätzlichen Verweise auf die europäische Sprachenvielfalt, die sich insbesondere auf Minderheitensprachen innerhalb von und über nationale Grenzen hinaus bezieht, macht auch hier deutlich, dass nicht (nur) die Nationalkulturen als Bausteine einer europäischen Identität verstanden werden.

Neben diesen allgemeinen strukturellen Determinanten zum Verhältnis zwischen Europa und den Nationalstaaten gilt es nun das Verständnis von Nation, nationaler Kultur und nationaler Identität in beiden Gremien zu hinterfragen.

³⁷ Publikation des Office for Official Publications of the European Community, 1992 (Convention, Article 2 & 6). abgerufen unter: <http://curia.europa.eu/common/recdoc/convention/en/c-textes/brux.htm>. abgerufen am: 26. Mai 2010

³⁸ Mit den Verträgen von Maastricht 1991 und Amsterdam 1999 wurde auch in der EU eine verankerte Vertretung der regionalen Ebene als Ausschuss der Regionen (Committee of the Regions) Europas installiert während der Europarat bereits 1957 die „Europakonferenz der Gemeinden“ ins Leben gerufen hatte.

11 Zweierlei Grundverständnis über das Verhältnis von Nation und Europa

In beiden Staatenbünden sind die Mitglieder europäische Staaten als Ganzes. Wie dabei der Zusammenhang zwischen Staat, Kultur und Volk verstanden wird, ist jedoch in gravierendem Maße unterschiedlich.

Der Rat der Europäischen Union definiert an keiner Stelle in seinen Dokumenten, nach welchen Kriterien er Völker von Nationen unterscheidet und ob die Grenzen der europäischen Kulturen mit denen der europäischen Völker oder der europäischen Nationen identisch sind. Die Begriffe Volk, Staat und Kultur werden als Synonyme verwendet: Die „Vielfalt der Kulturen“ stimmt in den Rechtsakten mit der „Vielfalt der Nationalkulturen“ überein und das „Europa der Völker“ mit dem „Europa der Nationen“.³⁹ Er formuliert weiter, dass „[...] das Bewußtsein für Kultur und Geschichte der Völker Europas geschärft werden muss“⁴⁰. Damit bindet das Verständnis der EU die im Singular verwendeten Begriffe Kultur und Geschichte an das Kollektiv Volk. Völker haben demnach 'eine' Kultur und 'eine' Geschichte, europäische Kultur kann also als Addition der Nationalkulturen verstanden werden.

Die Europäische Union folgt damit einer Europakonzeption, in der Europa zunächst die Summe der Nationalkulturen ist und nationale Kultur dabei als zentraler Ort sozialer Konstruktion von kollektiver Identität und Solidaritätsnormen definiert ist⁴¹, diese Vorstellung nimmt auch in den Rechtsakten die bedeutendste Stellung ein.⁴² Zwar wurde diese Konzeption, die als „Europa der Vaterländer“ erstmals 1962 von Charles de Gaulle gebraucht wurde und sich unter einer Führung Frankreichs verstand, primär den politisch Konservativen zugeordnet, dennoch hat sie bis heute eine deutliche Vormachtstellung im EU-Konzept der europäischen Identität. In diesem Kontext steht nun die Frage nach der Verbindung, die die EU vorschlägt, damit aus der Anzahl der Nationen eine übergeordnete Gemeinschaft entsteht.

Doch zunächst sei darauf hingewiesen, dass demgegenüber das Verhältnis zwischen Staat, Kultur und Volk in den Dokumenten des Europarates grundsätzlich anders dargestellt ist – die

³⁹ vgl. Quenzel [2005] S. 139

⁴⁰ SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES vom 21. Juni 1994 zu den kulturellen und künstlerischen Aspekten der Bildung (94/C 229/01). abgerufen unter: <http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?mode=dbl&lang=de&ihmlang=de&lng1=de,de&lng2=da,de,el,en,es,fr,it,nl,pt,&val=303579:cs&page=>
Abgerufen am: 15. Juni 2010

⁴¹ Lepsius [1999] S. 217

⁴² vgl. Quenzel [2005] S. 138

Rechtsakte trennen die Begriffe „Nationalstaaten Europas“ (hier stets „Mitglieder“ genannt) und „Völker Europas“ und lösen damit die Grenzen der Nationalstaaten von den Grenzen der Kulturen und Völker ab. Die Gründungsmitglieder des Europarates haben bereits in der Präambel ihres Gründungsstatuts definiert, dass sie „der Meinung [sind], daß es entsprechend [...] den ausdrücklichen Wünschen ihrer Völker notwendig ist, unverzüglich eine Organisation zu schaffen, die alle europäischen Staaten enger zusammenschließt“⁴³. Das bedeutet, dass die Menschen, die Völker Europas die handlungsleitende Größe sind und nicht der Nationalstaat. Volk wird hier nicht als dem politischen Konstrukt nachgeordnetes Nationalvolk verstanden, sondern lässt einen breiten Raum für das Verständnis von Volk, das auch Minderheiten und Völker ohne Nation oder jene, die in mehreren Nationen beheimatet sind, einschließen kann.

Noch deutlicher wird der Unterschied in der Definition des gemeinsamen europäischen Erbes, dass die Europäische Union als „gemeinsames kulturelles Erbe der Mitgliedstaaten“⁴⁴ versteht und damit wieder die Vorstellung eines Europa als Addition von Nationen hervorhebt, während der Europarat das europäische Erbe als „das gemeinsame Erbe der Völker“⁴⁵ versteht und damit als einziges Gremium zumindest gedanklich zulässt, dass sich die Bedeutung des Nationalstaates einmal wandeln kann.

12 Das Territorium Europas

Für die Frage nach der Konzeption europäischer Identität beider Gremien ist von entscheidender Bedeutung, welchen geographischen Raum sie in ihre Überlegungen einbeziehen (müssen), welches Territorium sie dadurch als Europa verstehen und welche Gebiete nicht. Das macht sich zunächst an den Mitgliedern beider Staatenbünde fest.

Außer Weißrussland⁴⁶ sind 47 europäischen Staaten Mitglieder des Europarates und reichen teilweise, wie Russland oder die Türkei, weit über die Grenzen des geographischen Kontinents hinaus. Diese rasch gewachsene Organisation hat mit dem letzten Beitritt Montenegros im Jahre 2007 damit ein räumliches Ausmaß erreicht, das die Konzeption einer gesamteuropäischen Identität auch in ihrer Mitgliederstruktur abbildet. Dabei sind die vormalig alteritär-

⁴³ Präambel des Statuts des Europarates

⁴⁴ Europäisches Kulturerbesiegel EU Dokument CdR 105/2010 rev. 1 (FR/EN) KI/UR/el– erarbeitet durch den Ausschuss der Regionen am 10. Juni 2010

⁴⁵ Präambel des Statuts des Europarates

⁴⁶ Hält seit 1993 den Status als Beitrittskandidat inne.

en Gebiete, von denen sich Europa einst abgegrenzt hat, wie die Gebiete mit islamischer Religion und jene, die zur Sowjetunion gehörten, nun gleichberechtigte Mitglieder.

Der Europabegriff im Rahmen einer immer größeren Europäischen Union ist enger, da er auch hier durch das Territorium der Mitgliedstaaten definiert wird. Es ist notwendig, sich hier bewusst zu machen, dass der Name ‚Europa‘ Norwegen, die Schweiz und noch deutlicher die meisten Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Russland, die Ukraine und andere Staaten aus Europa ausschließt und sie zu etwas scheinbar Außereuropäischem macht. Der Europabegriff der Europäischen Union endet – gemäß ihrer Mitgliederstruktur – am Bug – ihren Identitätsbegriff hat sie jedoch bereits als Gemeinschaft der 9 bzw. der 15 ausformuliert. In dieser Zeit endete das Territorium ihrer Mitglieder an der alten Systemgrenze zwischen den sozialistischen Ländern und Westeuropa.

Aber es besteht eine zweite – gedankliche – Einschränkung der Vorstellung von 'Europa', die sich in der von der EU skizzierten Deckungsgleichheit der Begriffe Staat, Kultur und Volk begründet. Diese Form der Synonymisierung impliziert zumindest, dass die Staatsgrenzen bei der Bestimmung von Europa entscheidend sind.⁴⁷ Wenn Kultur und Nationalstaat nun als identisch verstanden werden, können keine Menschen, die außerhalb des Territoriums der Mitgliedstaaten leben, Europäer sein und für die Zukunft wäre ein Beitritt Russlands oder der Türkei zur Europäischen Union von vornherein ausgeschlossen, da beide Länder aufgrund ihrer Territorien in Asien nicht 'rein' europäisch sein können.⁴⁸ Sie müssten sich also entscheiden, ob sie 'nur' asiatisch oder 'nur' europäisch sind, da jede Nation – im Verständnis der EU – nur *eine* Kultur haben kann.

An dieser Stelle ist erneut zu betonen, dass beide Territorien, sowohl das des Europarates als auch das der Europäischen Union politisch konstruiert sind und keine natürlichen Räume abbilden. Dabei kann hier nicht verhandelt werden, ob es richtiger ist, dass Jakutien als Mitglied der Russischen Föderation zu Europa (Europarat) gehört oder die Ukraine als etwas Außereuropäisches verstanden wird (Europäische Union). Es stellt sich jedoch die Frage, ob in diesen unnatürlichen, konstruierten 'Europas' eine europäische Identität 'natürlich' entstehen kann.

⁴⁷ vgl. Quenzel [2005] S. 139

⁴⁸ Zwar können theoretisch alle Staaten der Erde eine Aufnahme in die Europäische Union beantragen, aber auch der Aufnahmeantrag Marokkos wurde mit der Begründung abgelehnt, dass sich das Staatsterritorium außerhalb der geographischen Grenzen des Kontinents Europa befindet.

13 Natürliche Hybridisierung nationalstaatlicher Identität und Öffnung nach oben

Es gibt Theoretiker, die die Verwebung zwischen nationalen und europäischen Identitäten grundsätzlich nicht als Aufgabe einer politischen Elite verstehen, sondern als Prozess, der sich natürlich herstellt. Wilfried Spohn beispielsweise versteht nationale und europäische Identitätsebenen nicht als Opponenten, die durch konkrete Maßnahmen in Kontakt zueinander gebracht werden müssen, sondern sieht sie in einem tradierten engen Beziehungsverhältnis zueinander. Nationale Identität wäre zwar durch Grenzziehung entstanden, interagiere dabei aber stets mit den nationalen Nachbar-identitäten. Seiner Meinung nach sind dadurch europäische Komponenten schon immer konstitutive Elemente nationaler Identität gewesen. Durch die Prozesse der europäischen Integration nähme nun der Anteil europäischer Komponenten an nationalen Identitäten zu und es käme zu einer zunehmenden Hybridisierung nationaler und europäischer Identität. Spohn versteht diesen Vorgang nicht als Ersetzen oder Überlagern, sondern als Reartikulation und Europäisierung nationaler Identität^{49, 50}.

Dieser Vorgang findet nachweislich statt und europäische und nationalstaatliche Identitätselemente interagieren durch zunehmende Verflechtung der nationalen Lebenswelten. Illustriert werden kann dieser Vorgang anhand der Zunahme einer multiplen Identität⁵¹ der europäischen Bevölkerung, die Wolfgang Lutz vom World Population Program des International Institute for Applied Systems Analysis anhand der Eurobarometer-Umfragen untersucht hat.

Es ist an dieser Stelle hilfreich, in die Bearbeitung des Themas Betrachtungen der individuellen Identitätsebene einzubeziehen, da hier der Anteil europäischen Selbstverständnisses einfacher messbar ist als auf der Ebene der Kollektividentität und diese individuelle Ebene in entscheidendem Maße auf die Kollektividentität zurück wirkt.

In der Eurobarometerbefragung 2004 gaben 42 Prozent der über 18-jährigen Bürger der Europäischen Union an, sich selbst ausschließlich als ihrer Nation zugehörig zu betrachten, die anderen 58 Prozent fühlten sich zumindest teilweise als Europäer. Das bedeutet, dass 130 Millionen erwachsener Europäer der damals 15 Mitgliedstaaten sich selbst nur als Belgier, Deutsche, Franzosen oder Italiener etc. sahen. 177 Millionen begreifen sich im Mittel der Erhebung

⁴⁹ Spohn [2000] S. 230 ff.

⁵⁰ vgl. auch Lepsius [1999] S. 217.

⁵¹ Multiple Identität meint dabei eine mehrdimensionale Identität, die nationales und europäisches Selbstverständnis im Individuum vereint.

gen zwischen 1996 und 2004 als sowohl ihrem Nationalstaat als auch Europa als Ganzes zugehörig.

Insgesamt identifizierten sich in Europa immer mehr Menschen (aller Altersklassen) mit der politischen Vereinigung des Kontinents, ab 1996 lässt sich eine deutliche Zunahme erkennen. Besonders stark trifft das für die junge Generation der unter 25-jährigen zu, die bereits in der Realität eines zusammenwachsenden Europas geboren und aufgewachsen sind. In ihrer Sozialisation war die multiple Identität sowohl einem Nationalstaat wie der übergeordneten Ebene 'Europäische Union' anzugehören, eine konstante Selbstverständlichkeit.

Die Forscher um Wolfgang Lutz berechneten zudem aufgrund der vorliegenden Daten und der demografischen Zukunftsprojektionen, wie die Situation sich wahrscheinlich im Jahr 2030 darstellen wird. Sie kommen zu dem Schluss, dass sich dann nur noch 104 Millionen Bürger (der 15 Mitgliedstaaten vor der Erweiterung 2004) rein national identifizieren werden, während in ungefähr 25 Jahren sich 226 Millionen zumindest teilweise als Europäer betrachten.

Anhand dieser Untersuchung werden jedoch trotz der insgesamt positiven Prognose drei Schwierigkeiten sichtbar: Erstens vollzieht sich der Prozess der natürlichen Hybridisierung der Identitätsebenen sehr langsam. Die fortschreitende Zunahme einer europäischen Identität der Bevölkerung führt in 25 Jahren dazu, dass sich 73 Prozent der Bürger in den Mitgliedsstaaten der EU der ehemals 15 zumindest teilweise als Europäer fühlen. Unabhängig davon, dass ich die Gültigkeit der Berechnung in Frage stellen würde, kann das gegenwärtig dringliche Solidaritätsproblem so nicht gelöst werden.

Kritisch ist anzumerken, dass sich die Berechnung nur auf die reichliche Hälfte der jetzigen EU Bürger bezieht und zwar auf den Teil, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges als westliches Kleineuropa in unterschiedlicher Form zusammenarbeitet. Die anderen 12 Mitgliedstaaten sind in den Prognosen gar nicht erfasst und ihre Bevölkerungen, die in hohem Maße jahrzehntelang hinter dem 'Eisernen Vorhang' nicht mit Westeuropa interagieren konnten, durchlaufen einen viel schwierigeren und womöglich auch langsameren Prozess der Europäisierung ihrer Nationalidentität.

Zweitens hebt die Studie hervor, dass besonders die dann unter 45-jährigen in 2030 überwiegend multiple Identitäten besitzen werden. Allerdings hat Europa ein wachsendes Problem

mit zu niedrigen Geburtenraten – was nur durch eine Einwanderungsoffensive ausgeglichen werden könnte. Ob junge Zuwanderer sich dann tatsächlich stark mit der EU identifizieren, wird sich erst zeigen müssen.

Und drittens ist die Herausbildung einer multiplen Identität keine territorial homogene Entwicklung – es bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen in Abhängigkeit von ihrer Grenznähe, der Zusammensetzung ihrer Bevölkerungen nach Nationalität und der Präsenz europäischer Institutionen in den Regionen. In Luxemburg mit einem Ausländeranteil an der Bevölkerung von mehr als 40 Prozent und dem Sitz wichtiger europäischer Institutionen wie des Europäischen Gerichtshofs, des Europäischen Rechnungshofs, der Europäischen Investitionsbank und des Sekretariats des Europäischen Parlamentes bezeichneten sich 78 Prozent der Einwohner als Europäer im Sinne der multiplen Identität. In Frankreich, wo Institutionen des Europarates, des Europaparlamentes, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, des Europäischen Bürgerbeauftragten, des Eurokorps u. a. m. ihren Sitz haben, verstehen sich 68 Prozent der Bevölkerung als Europäer⁵². Deutschland und Österreich liegen mit 56 bzw. 51 Prozent Einwohnern, die sich zumindest zum Teil als Europäer fühlen im Mittelfeld und das Schlusslicht bilden die Briten mit nur 40 Prozent.

Auch dadurch kann die Entwicklung multipler Identitätsmuster nicht linear berechnet werden. Die deutliche Zunahme des 'Sich-Europäisch-Fühlens' ist vermutlich durch die Bevölkerungen in den Grenzregionen und in Ballungszentren mit internationalem Charakter verursacht und betrifft damit nur einen Teil der europäischen Bevölkerung – diese Geschwindigkeit kann demnach nicht als kontinuierlich auf alle Gebiete übertragen werden. Noch deutlicher wird diese Überlegung, wenn man die Ergebnisse von Wolfgang Lutz und seinem Team mit den Umfrageergebnissen des Thüringenmonitors kontrastiert.

Thüringen hat keine Außengrenze zu anderen Nationalstaaten, keine Großstadt und einen Ausländeranteil an der Bevölkerung von weniger als 1,5 Prozent, also insgesamt wenig alltäglichen Umgang mit anderen Nationen, Sprachen und Kulturen. In dieser Situation stimmen 47 Prozent der Thüringer Bevölkerung der Aussage zu „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“⁵³ Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus sind in Thüringen nach wie vor weit verbreitet. Das „harte und energische Durchsetzen

⁵² Mehr in Nordfrankreich im Gebiet der Grenzregion, dem Elsass und Paris

⁵³ Thüringenmonitor 2010: Tab. 8: Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items 2010 im Vergleich, S. 89

deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ wird sogar von mehr als der Hälfte der Befragten unterstützt.⁵⁴ Das macht deutlich, dass eine fehlende alltägliche Interaktion mit anderen Kulturen die Herausbildung einer multiplen Identität, die Entstehung von Offenheit und Toleranz gegenüber dem Anderen ungeheuer erschwert und verlangsamt, wenn nicht gar blockiert.

Folglich scheint die Europäische Integration in den Regionen, in denen direkte transnationale Interaktion im Alltag statt findet, tatsächlich zur Hybridisierung von nationaler Identität zu führen, aber eben nur dort. In anderen kulturell geschlosseneren Regionen führt ein politisches Zusammenwachsen Europas nicht automatisch zur Herausbildung einer europäischen Identität, hier muss das Bewusstsein einer Zugehörigkeit zu Europa aktiv transportiert werden.

Bevor also die Frage zu stellen ist, mittels welcher Aktionen und Programme die Idee von Europa in die Bevölkerung transportiert wird und werden könnte, steht die Frage, was die Idee der Europäischen Union bzw. des Europarats für eine gemeinsame Identität der Europäer denn eigentlich ist, worauf diese fußt und wie sich diese Identitätsvorstellungen beider Staatenbünde entwickelt haben.

14 Identität im Gründungsstatut und in der Kulturkonvention des Europarates

Im Gründungsstatut des Europarates, das am 5. Mai 1949 von Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde, kommt das Wort „Identität“ noch nicht vor. Das Statut ist in der Formulierung seiner Gründungsabsichten und Zielstellungen sehr knapp gehalten, primär werden in ihm die Funktionsweisen und Gremien definiert, da inhaltliche Beschlüsse in gemeinsamen thematischen Konventionen ausgearbeitet werden sollen.

Dennoch gibt es den grundlegenden Verweis, dass ein emotionaler „engerer Zusammenschluß aller gleichgesinnten Völker Europas“ gefordert wird, der sich damit wiederum auf die Ebene der Bevölkerung bezieht und auf wertebasierten Gemeinsamkeiten beruhen soll. So „bestätigen [die Gründungsmitglieder] ihre unerschütterliche Verbundenheit mit den geistigen und sittlichen Werten, die das gemeinsame Erbe ihrer Völker und von jeher die Quelle für Freiheit der Einzelperson, politische Freiheit und Herrschaft des Rechts sind, jene Prinzipien, welche

⁵⁴ Thüringenmonitor 2010 S. 89

die Grundlage jeder wahren Demokratie bilden“⁵⁵. Die Gründungsmitglieder binden sich hier vor allem an die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als Grundlagen menschlichen Zusammenlebens und stellen in unmittelbarer Reaktion auf die beiden Weltkriege das Ziel der Friedenssicherung von innen heraus in den Mittelpunkt ihres Bündnisses. Die Frage nach dem Verständnis und den Formen der Beförderung einer europäischen Identität wird dann fünf Jahre später in der „Europäischen Kulturkonvention“ detailliert ausgearbeitet und verabschiedet und bindet eine europäische Identität im Verständnis des Europarates eng an Kultur und Bildung.

Die Kulturkonvention ist bis heute eines der wenigen, praktisch gesamteuropäisch gültigen kulturpolitischen Dokumente, verpflichtet die Unterzeichnerstaaten des Europarates zur kulturellen Zusammenarbeit und schafft die Grundlage für die Durchführung von Kultur- und Bildungsprogrammen. Alle Mitgliedstaaten des Europarates haben die Konvention unterzeichnet - sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Japan und Israel als auch die internationalen und supranationalen Organisationen EU, UNESCO, OECD, OSZE und der Rat der nordischen Kulturminister haben einen Beobachterstatus in den Kulturgremien des Europarates. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Europäischen Kulturkonvention im Jahr 2004 erneuerten sämtliche Unterzeichnerstaaten der Kulturkonvention den Willen zur weiteren Zusammenarbeit auf Basis des bestehenden Textes, der ohne Erneuerungen übernommen wurde. Im operativen Bereich wird die Konvention nunmehr als Grundlage des gesamteuropäischen kulturellen Dialoges unter Einbeziehung der Anrainerstaaten, insbesondere des südlichen Mittelmeerraumes ausgelegt.

Interessant ist hierbei, dass kultureller Dialog und Bildungsprojekte als die wesentlichen Instrumente zur Beförderung einer europäischen Identität definiert werden - worauf die europäische Identität fußen soll, bleibt dabei in hohem Maße offen. Der Europarat hat keinen Grundlagenkatalog erarbeitet, der identitätsstiftende Basismodule benennt⁵⁶, sondern versteht die Entwicklung eines europäischen Wir-Bewusstseins als kommunikativen Prozess, der von gemeinsamen materiellem und geistigem Erbe ausgeht und dessen Ausgang zunächst offen ist. Um Kommunikation in Gang zu setzen und vor allem „to achieve a greater understanding of one another among the peoples of Europe“, stellt der Europarat ein gegenseitiges Kennenlernen an den Anfang.

⁵⁵ Präambel des Statutes des Europarates

⁵⁶ Außer den festgeschriebenen Werten politischer Gegenwartskultur für dessen Wahrung er sich einsetzt, wie demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, etc..

So ist jeder Unterzeichner der Kulturkonvention verpflichtet, einerseits „to encourage the study by its own nationals of the languages, history and civilisation of the other Contracting Parties“ und andererseits „to promote the study of its language or languages, history and civilisation in the territory of the other Contracting Parties“⁵⁷. Damit dieses gegenseitige Kennenlernen vor allem der Geschichtsbilder eine Funktion als Brückenbauer und Vertrauensbildner zwischen den Völkern des Kontinents einnehmen kann, begleitet der Europarat seit den fünfziger Jahren den identitätsbildenden Diskurs mit bildungspolitischen Programmen, die in groß angelegten Kampagnen für die Beseitigung von Voreingenommenheiten und Vorurteilen in nationalen Geschichtsbildern, z.B. in Schulbüchern, sowie für deren größtmögliche Genauigkeit und Ausgeglichenheit sorgen. Zu den Hauptzielen der Bildungs- und Kulturtätigkeiten, die der Europarat auf der Grundlage der Europäischen Kulturkonvention von 1954 bis heute realisiert, gehört insgesamt die Förderung des Bewusstseins für eine gemeinsame kulturelle Identität der Europäer vor allem auf den Gebieten von Sprache, Geschichte, politischer Bildung, Denkmalpflege, allgemeiner Kulturförderung.

Hervorhebenswert ist zudem die Aufforderung an jeden Vertragspartner „to encourage the development of its national contribution to the common cultural heritage of Europe“⁵⁸. Sie unterstreicht eine Identitätsbildung von unten, kommunikativ aus den Kulturen heraus und nicht von oben herab durch die Konstruktion eines Identitätsbildes, dem sich unterzuordnen ist. Das wird zusätzlich durch den Bezug auf das gemeinsame Erbe als gemeinsame Vergangenheit unterstrichen, auf dessen Basis nun gemeinsam eine Gegenwart und Zukunft zu entwickeln ist. Das ist ein gegenläufiges Konzept im Verhältnis zur Betonung der gemeinsamen Werte durch die Europäische Union, die als Tatsache bereits in der Gegenwart verortet und kein Angebot für diskursives Hinterfragen sind.

15 Identität im „Dokument über die europäische Identität“ der Europäischen Gemeinschaften

Zwanzig Jahre nach der Kulturkonvention des Europarates haben auch die Europäischen Gemeinschaften begonnen, sich mit dem Identitätsbegriff für 'ihr Europa' zu beschäftigen. Eine inhaltliche Konkretisierung europäischer Identität, die in den Maastrichter Verträgen noch

⁵⁷ Artikel II - Kulturkonvention

⁵⁸ Artikel I Kulturkonvention

nicht geleistet wird, haben die EG-Außenminister dazu 1973 in Kopenhagen im „Dokument über die europäische Identität“ eingefordert. Das Ziel des Dokumentes (formuliert im 1. Absatz) war hierbei, die „Beziehungen [der EG] zu den übrigen Ländern der Welt sowie ihre Verantwortlichkeiten und ihren Platz in der Weltpolitik näher [zu] bestimmen“⁵⁹. Zentral war demnach die Formulierung der eigenen europäischen Position gegenüber dem Anderen, eine Identität, die sich wiederum auf die Abgrenzung vom antagonistischen Außen stützt und die internen Differenzen zu sekundären Merkmalen macht. Gemeinsamkeiten nach innen werden über die Gegenüberstellung europäisch - nicht europäisch hergestellt.⁶⁰

Dies geschah unter den Zeitumständen des Kalten Krieges, dessen unmittelbare Systemgrenze Europa in zwei 'Lager' teilte und der Ölkrise, die globale Abhängigkeiten sichtbar machte. Es ging darum, die eigenen Positionen gegenüber dem östlichen Machtblock, die Position der 'freien Westeuropäer' im Gegensatz zu denjenigen, die hinter dem 'Eisernen Vorhang' lebten, zu bestimmen. Die Identität und ihre Kriterien bezogen sich auf die Abgrenzung vom Anderen.

Im Zentrum der (west-)europäischen Identität standen „das gemeinsame Erbe, die eigenen Interessen, die besonderen Verpflichtungen“ der Gemeinschaften sowie die Feststellung der Verantwortlichkeit der EG durch „den bereits erreichten Grad des Zusammenhalts gegenüber der übrigen Welt“⁶¹. Begriffe des Erbes werden dabei bereits als Traditionen und Werte ausgeführt, die in griechischen, römischen und christlichen Ideen verwurzelt sind und damit auf die Identitätssignifikanten des 'alten' Europa bis ins frühe 20. Jahrhundert rekurrieren, die aus der Selbstabgrenzung gegenüber damals außereuropäischen Alteritäten abgeleitet worden waren.

Hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass eine signifikante Verschiebung der Hauptalterität aus dem Dokument vom Islam hin zum Ostblock ablesbar ist. Iver B. Neumann hat dazu eine Studie über die Bedeutung des Ostens für die Bildung einer europäischen Identität durchgeführt und darin nachgewiesen, dass sich nach 1945 die Rolle des bedeutendsten konstitutiven Anderen für Europa von der Türkei zur Sowjetunion verschoben hat.⁶² Bis zur Osterweiterung der Europäischen Union 2004 war diese Verlagerung an der Identitätspolitik der EU ablesbar.

⁵⁹ Dokument über die europäische Identität (1973)

⁶⁰ Quenzel [2005] S. 271

⁶¹ Dokument über die europäische Identität (1973)

⁶² vgl. Quenzel [2005] S. 100

So hat Gudrun Quenzel nachgewiesen, dass vor dem Beitritt der baltischen Staaten eine Diskursänderung bezüglich der Identität Lettlands, Estlands und Litauens innerhalb der EU stattgefunden hat, die diese Länder peu à peu aus der osteuropäischen Identität hinaus und zu einer nordeuropäischen Identität hin interpretiert hat, bevor diese kulturell integriert werden konnten.

Trotz dieser Verschiebung finden sich abgeleiteten Selbstbilder, die in den eingangs beschriebenen europäischen Identifikationsprozessen vor dem 20. Jahrhundert entstanden sind im Kopenhagener Dokument wieder und stellen dem 'Außereuropäischen' das homogenisierend Identitätsstiftende zur Seite. Europa bindet hier seine Identität an große gesellschaftliche Traditionen von der Antike bis in die Zeiten der Aufklärung, die als begründend für gegenwärtige politische und gesellschaftliche Grundsätze kommuniziert werden. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft teilen dabei „die einem gemeinsamen Erbe entspringenden Werte und Ziele“⁶³. Die Grundpfeiler der Selbstbeschreibung sind – wie beim Europarat – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte, ergänzend dazu Marktwirtschaft und die Internalisierung der Ziele der politischen und wirtschaftlichen Union, die gleichermaßen als Bedingungen für mögliche Beitritte weiterer Staaten fungieren.

Diese Inhalte lassen sich nicht nur als positive Identitätskomponenten verstehen, sondern machen zudem unterschwellig eine Abgrenzung von den Weltkriegen und dem Genozid des 20. Jahrhunderts deutlich. Europäische Identität fungiert hier zwar auch als Appellationsinstanz gegen innereuropäischen Krieg, schiebt die Verantwortung für die Weltkriege jedoch merkwürdig in die Hände der Nationalstaaten. Die Darstellung folgt der Idee, dass das neue Europa der Europäischen Gemeinschaft nach den beiden Weltkriegen seine drei Grundwerte *wieder* entdeckt hat, nun als Demokratie, Marktwirtschaft und Aussöhnung zwischen Europäern (vor allem zwischen Deutschland und Frankreich). Das 19. Jahrhundert und die Entstehung der Nationalstaaten erscheint als zwischenzeitliche Verfehlung eines ganzheitlichen Europa, zu dem wir nun zurückkehren⁶⁴ - die eigene Vergangenheit wird zur Alterität. Die „Konzentration auf die Schaffung innereuropäischer Gemeinsamkeiten, denen als Kontrastfolie die Geschichte der innereuropäischen Konflikte gegenübergestellt wird, die es zu überwinden gilt“⁶⁵, rückt in den Mittelpunkt. Zunehmend deutlicher wird die Abgrenzung von den Weltkriegen und dem Völkermord des 20. Jahrhunderts durch die Übernahme von Verantwortungen, sol-

⁶³ Dokument über die europäische Identität (1973), Präambel

⁶⁴ Delouche [1992], S. 16

⁶⁵ Quenzel [2005], S. 271

che Entwicklungen für die Zukunft Europas zu verhindern ohne sie als Teil der eigenen Geschichte anzuerkennen. Diese Darstellung der eigentlichen Wesenheit des Kontinents mildert die Frage nach normativer Bewertung des wirtschaftlichen Einigungsprozesses ab. Die Europäische Integration lässt sich als notwendiger Schritt ableiten, der den Bedürfnissen Europas und seiner Bürger folgt.

Aus dieser Sicht wurden seit den siebziger Jahren Handlungsmuster für die europäische Politik abgeleitet: "Das Europa der Neun ist sich der weltpolitischen Verpflichtungen bewusst, die ihm aus seiner Einigung erwachsen. [...] Die Neun sind [...] überzeugt, dass ihr Zusammenschluss der gesamten Völkergemeinschaft nützt, weil er ein Element des Gleichgewichts und ein Pol der Zusammenarbeit mit allen Nationen ungeachtet ihrer Größe, ihrer Kultur und ihres Gesellschaftssystems ist."⁶⁶

Dieser Gedanke beinhaltet hier nicht nur die Aussage, dass von einem sich vereinigenden Europa keine Gefahr für Drittstaaten ausgeht, sondern auch, dass sich das Verständnis einer europäischen Kultur als Addition der Nationalkulturen entfaltet, denn Europa denkt über seine Identität nach „in dem Wunsch [...] die reiche Vielfalt ihrer nationalen Kulturen zu erhalten“⁶⁷. Mit diesem Dokument kam 1973 zum Begriff der „Identität“ neben der Einhaltung von Menschenrechten, der Verurteilung von Todesstrafe und Folterungen, auch die Pflege des kulturellen Erbes der Nationalkulturen und in diesem Zusammenhang die Würdigung „rechtlicher, politischer und geistiger Werte“ hinzu, die man in vorhergehenden Papieren nicht findet.

16 Die Weiterentwicklung des Identitätskonzeptes der Europäischen Union: Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft

Kurz nach dem Identitätsbegriff wird auch der Kulturbegriff zentrales Thema in den Dokumenten und der Politik der EG bzw. der EU. 1977, nur 4 Jahre nach dem Gipfel in Kopenhagen, greift die Kommission erstmals in einer „Mitteilung“ diese Thematik als „Aktionen der Gemeinschaft im kulturellen Sektor“ auf. 1979 bildet das Europäische Parlament den Ausschuss für Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport, seit Mitte der 80er Jahre werden spezifisch kulturpolitische Institutionen geschaffen, wie der Rat der Minister für Kulturfragen

⁶⁶ Dokument über die europäische Identität (1973)

⁶⁷ Dokument über die europäische Identität (1973)

(Kulturministerrat), der Ausschuss für Kulturfragen und die Generaldirektion X der Europäischen Kommission mit dem Aufgabengebiet der Information, Kommunikation und Kultur. 1992 erfolgt dann mit dem Vertrag von Maastricht der Durchbruch für die Europäische Kulturpolitik – die Zuständigkeit der Gemeinschaft für Kultur bzw. kulturpolitisches Handeln wird zum erstem Mal rechtsverbindlich festgeschrieben und damit Kulturförderung 'legitimiert' – 38 Jahre nach der Verabschiedung der Kulturkonvention des Europarates. Kultur- und Identität verweben sich nun auch im Denken der Europäischen Union.

Artikel 151 des Maastrichter Vertrages bestimmt in dem Abschnitt, der den Grundsätzen der Gemeinschaftstätigkeit gewidmet ist, dass die Union „einen Beitrag zu einer qualitativ hochstehenden allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Entfaltung des Kulturlebens in den Mitgliedstaaten" leistet⁶⁸. Bei der Ausübung dieser Befugnisse wird die Gemeinschaft jedoch nur dann tätig, wenn die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können⁶⁹ und beschränkt sich im Kulturbereich im Wesentlichen auf die Unterstützung von Aktivitäten mit zusätzlichem europäischen Nutzen.

Für die Frage nach der weiteren Identitätspolitik ist diese Entwicklung insofern interessant, da der Kulturbegriff in den Rechtsakten des Rates doppelte Verwendung findet. Einerseits als Beschreibung künstlerischer Produktion und andererseits anthropologisch als Bezeichnung für Kollektive⁷⁰. Letztere Bedeutung des Kulturbegriffes übernimmt die Annahme, dass über das geteilte Hintergrundwissen die gesamte Lebensweise eines Kollektivs angeleitet wird und somit Mitglieder derselben Kultur dieselben kollektiven, sinnhaften Bestände an Hintergrundwissen besitzen und darüber übereinstimmende Sinnzuschreibungen generieren⁷¹. Kultur meint in diesem Sinne die Gesamtheit von Werten, Normen und Sichtweisen einer Gemeinschaft und macht damit die Verschränkung der Begriffe Kultur und Identität und die Anlehnung an das Konzept des kollektiven Gedächtnisses deutlich, das als Grundlage der Herausbildung nationalstaatlicher Identitäten eingangs beschrieben wurde.

⁶⁸ Vertrag von Maastricht, Artikel 3, Absatz q

⁶⁹ Vertrag von Maastricht, Artikel 5

⁷⁰ vgl. Quenzel [2005] S. 139

⁷¹ vgl. u.A. Taylor [1996]

Mit dem fortschreitenden Prozess der europäischen Integration wird die Forderung nach einem gemeinsamen kulturellen Fundament und einer geteilten Geschichte Europas immer deutlicher⁷².

Wortwörtlich findet sich dieses Bestreben im Neuen Kulturkonzept zur „Überwindung der rein wirtschaftlichen Dimension“, das die Kommission 1992 verabschiedet hat. Eines seiner Ziele ist die „Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker“, dabei geht es nicht um die Förderung prestigeträchtiger Kulturveranstaltungen als Vehikel zur Selbstdarstellung der Gemeinschaft, sondern um die Schaffung einer europäischen Identität der Vielfalt. Die Einflüsse des Europarates, in dessen Kulturghremien die Europäische Union zu dieser Zeit bereits Beobachterstatus hat, werden hier deutlich, wenn sie in der EU auch anders ausgeformt werden.

Ausgehend von dem Nationsverständnis der Europäischen Union verfügen unterschiedliche kollektive Gemeinschaften über unterschiedliches kollektives Hintergrundwissen und Mitglieder des gleichen Hintergrundwissens unterscheiden sich von Mitgliedern anderer Gemeinschaften durch Art und Weise der Sinn- und Bedeutungszuschreibungen. Die angestrebte *gemeinsame* Identität der EU-Identitäts- und Kulturpolitik will demnach – wie im Konzept des Europarates – kein multikultureller Überbau über den Nationalstaaten sein, sondern das Bewusstsein einer eigenen geschlossenen Gemeinschaft in der Bevölkerung verankern.

Andreas Reckwitz hat dieses Szenario in seinem „pluralistischen Homogenitätsmodell der Kultur“⁷³ theoretisiert und beschreibt, dass zunächst eine Aneinanderreihung der in sich homogenen Monokulturen⁷⁴ die einzige Form sei, grenzübergreifende kulturelle Zusammenhänge zu schaffen. Um hier eine Stabilität in das internationale Gebilde zu bringen, müsse nun auf dieser grenzübergreifenden höheren Ebene der EU eine ebenso homogene Kultur geschaffen werden, um einen nachhaltigen Überbau zu schaffen und nicht nur lose Bande zwischen Nationen zu initiieren. Das würde die Konstruktion eines europäischen kulturellen Gedächtnisses und einer gemeinsamen Vergangenheitserzählung erfordern, die von den Mitgliedstaaten mit getragen werden müsste.

Da in den Dokumenten der EU die Begriffe „Kultur“ und „Geschichte“ ausschließlich im Singular verwendet und an das Kollektiv „europäisches Volk“ gebunden werden, wird deutlich,

⁷² Gehrke [2005] S. 35

⁷³ vgl. Reckwitz [2001] S. 183

⁷⁴ Nach dem Verständnis der EU sind das die Nationalstaaten in ihrer Gleichsetzung von Staat, Volk und Kultur.

dass europäische Politik tatsächlich bestrebt ist, einen kollektiven Sinnhorizont und eine Geschichte, also eine gemeinsame sinnstiftende Erzählung für ihre 600 Millionen Einwohner zu konzipieren⁷⁵. Sie übernimmt damit die Konzepte der nationalstaatlichen Identitätsbildung und konstruiert mithilfe intentionaler Geschichte eine gemeinsame identitätsbildende Erzählung, die auf soziokulturellen Gemeinsamkeiten fußt und als Europäische Wertegemeinschaft kommuniziert wird. Dabei wird die Zugehörigkeit zu einem geteilten kollektiven Sinnhorizont als Voraussetzung für Offenheit und Toleranz postuliert: kulturelle Geschlossenheit wird zur Voraussetzung für Offenheit.

Im Gegensatz zu den diskursiven Konzepten des Europarates, nach denen die Völker in gegenseitiger Kenntnis die gemeinsame europäische Vergangenheitserzählung selbst aushandeln sollen, legt die EU die Eckpunkte dieses identitätsstiftenden Gedächtnisses selbst fest und bemüht sich, diese von oben in die Nationalkulturen einzuflößen. Die nationale Vielfalt wird immer wieder auf die Möglichkeit und Machbarkeit von Einheit hin 'gescannt', um aus dem größtmöglichen gemeinsamen Nenner ein Identitätsbild abzuleiten.

Dieses Konzept hat viele Kritiker⁷⁶, die diese Konstruktion einer europäischen Identität als Nationalismus auf höherer Ebene bezeichnen, der sich an die Auffassungen von Kulturnation anschließt. Sie argumentieren damit gegen ein Identitätskonstrukt, das auf sozio-kulturellen Gemeinsamkeiten fußt.

Neben dieser wertenden Einschätzung scheint mir aber eine soziologische Gegenargumentation noch interessanter, die einen Basisgedanken dieser Überlegung infrage stellt. Das Zusammenfallen der Grenzen zwischen kollektivem Hintergrundwissen und Grenzen unterschiedlicher Personengruppen setzt voraus, dass eine einzelne Person nur Trägerin eines einzigen Sinnhorizonts sein kann. Diese Annahme haben unter anderem Stuart Hall⁷⁷, Michel Foucault⁷⁸ und Judith Butler⁷⁹ bestritten, die Identität hier als Prozess, auch kommunikativen Prozess der Identifizierung mit mehreren und teilweise widersprüchlichen Repräsentationen verstehen, mit dem Ergebnis, dass Individuen Träger mehrerer Sinnhorizonte sind. Zwar versucht die EU Politik in ihrem Grundsatz „In Vielfalt geeint“ mehrere Identitätsebenen gleichwertig

⁷⁵ Quenzel [2005] S. 141

⁷⁶ vgl. Ticker [2002] S. 315

⁷⁷ vgl. Hall [1989]

⁷⁸ vgl. Foucault [1991]

⁷⁹ vgl. Butler [1991]

gelten zu lassen, dass die internationale, nationale und regionale Ebenen dadurch jedoch nicht verbunden werden, sondern eher in einem paradoxen Machtkampf miteinander konkurrieren, lässt sich später noch deutlicher aufzeigen.

Gedanklicher Ausgangspunkt der EU-Identitätspolitik ist die Überzeugung, dass geistige, soziale und politische nationalstaatliche Identitätsmuster sehr stark in den Völkern der Europäischen Union verankert sind. Die Europäische Union brauchte nun seit den 70er/ 80er Jahren eine Idee, auf die es, ohne sich rein auf die Abgrenzung von Alteritäten zu beschränken und ohne die nationalen Identitäten gänzlich abzulösen oder lediglich heterogen zu addieren, eine europäische Identität aufbauen kann, um langfristig Solidarität und das Interesse der Bevölkerung zu sichern. Nachdem schon im Kopenhagener Dokument erste selbstbeschreibende Identitätssignifikanten enthalten waren, verstärkt die EU mit dem 'Neuen Kulturkonzept zur Überwindung der rein wirtschaftlichen Dimension' und dem 'Vertrag von Maastricht' die Beschreibung ihres homogenen Inneren. Das Identitätskonzept basierend auf den Unterscheidungen von Anderen reichert sich mit eigenen, von außen unabhängigen Identitätssignifikanten an, welche dann als originär europäische Werte deutlicher definiert werden, um damit eine europäische Identität als Wertegemeinschaft zu konstruieren. Diese weiterführende Etablierung eines Bewusstseins von europäischen Gemeinsamkeiten zur Erarbeitung eines Identitätsobjektes bindet heute kulturelle und politische Identitätssignifikanten eng aneinander, die Zentralität ihrer Fragestellung wird spätestens durch den Eingang in die Europäische Verfassung deutlich. 2002 wurde nach der Erklärung von Laeken „Europa am Scheideweg“ angesichts von 60 offenen Fragen als ungelöste Probleme europäischer Politik der Beschluss gefasst, den Europäischen Konvent einzuberufen. 2004 hatte dieser Konvent die geforderte neue Vertragsgrundlage ausgearbeitet – eine europäische Verfassung zur Definition der politischen Richtung der EU. In ihr wurden aber nicht nur neue Instanzen, wie ein europäischer Außenminister, geschaffen, sondern auch Koordinaten einer europäischen Identität festgeschrieben. Der Verfassungsentwurf stützt die Antwort zu „was Europa ausmacht“ auf Kultur und Werte, auf das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas“⁸⁰. Diese Version einer Identitätsbegründung wird wiederum mit der historisch gewachsenen Ähnlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern der Union begründet und zielt auf die Schaffung einer gemeinsamen Vergangenheitsvorstellung, die in geteilten Werten gemündet ist.

⁸⁰ Vertrag über eine Verfassung für Europa, 2004 - Präambel

17 Konsens versus Dissens:

Europäische Kultur und Identität als Verhandlungssubjekt

Dieser deutliche Rekurs auf höhere „Werte“ gleicht einer Überhöhung von Gemeinsamkeiten und erinnert an eine Form der ideologischen Stabilisierung kultureller Gemeinsamkeit, in diesem Fall durch die Eliten der Europäischen Union. Es bedarf jedoch eines zusätzlichen Elementes, um die Spezifität von Kultur zu bestimmen. Die Identitätspolitik des Europarates kann dies auf einem grundsätzlich anderen Weg beschreiben. Kultur - so die These von Howard Becker (1986) - entsteht erst dann, wenn das gemeinsame Wissen strittig sein kann. Kultur setzt voraus, dass Konsens in einen Dissens überführt werden kann, der gemeinsam geteiltes Wissen neu bestätigt und unter Umständen reorganisiert, um wieder als gemeinsames Wissen gelten zu können.⁸¹ Dissens ist also das Konstitutivum von Kultur. Ohne Dissens bedarf es keiner Herstellung einer gemeinsamen Welt. Kultur wäre überflüssig. Dissens ist somit der Schlüssel zur Beantwortung der Frage, wie eine gesellschaftliche - auch eine europäische - Ordnung möglich ist. Diesen Dissens scheint das Kultur- und Identitätskonzept der EU von vornherein zu verhindern, da es Dialog, Diskurs und Aushandlung der Kultur- und Identitätssignifikanten nicht als Aufgabe versteht.

Damit ist die paradoxe Form kultureller Gemeinsamkeit benannt: ein Konsens, der Dissens über eben diesen Konsens ermöglicht und damit erneut Konsens möglich macht. Kultureller Konsens als ein Moment gesellschaftlicher Reproduktion hat also eine Doppelfunktion: diese Reproduktion zu ermöglichen und zugleich in Frage zu stellen⁸² - Voraussetzung dafür ist eine Diskursgemeinschaft.

Unklar ist, welches Verständnis von Nation als Diskursteilnehmer durch Europa und die Nation selbst diese diskursive Praxis ermöglicht. Muss nationale Identität ausgehend von einem gemeinsamen europäischen Gedächtnis, wie es die EU installieren will, definiert werden und ist damit die Europäisierung von Nationalidentitäten Voraussetzung für einen europäischen Diskurs teilhaben will. Oder stellt der europäische Diskurs, wie ihn der Europarat herstellt, eine Reorganisation des Verständnisses von Nation überhaupt erst her und folgt damit den Konzepten der Entnationalisierung? Die Frage erinnert an die Diskussion, ob

⁸¹ Zur Formulierung und Explikation dieser Problemstellung siehe vor allem Miller [1986, 1992].

⁸² Die theoretische Diskussion hat bislang diese Doppelfunktion kaum thematisiert. Von Durkheim bis Parsons und Habermas wird die Funktion der Konsensfindung betont - das privilegiert Theorien sozialer Integration. Von Marx bis Dahrendorf wird die Dissensfunktion thematisiert - das hat die Konfliktdimension privilegiert.

Huhn oder Ei zuerst da war und letztendlich kann nur der Erfolg des einen oder anderen Konzeptes seine Richtigkeit beweisen, wenn man diesen überhaupt messen kann.

18 Die Weiterentwicklung des Identitätskonzeptes des Europarates: Europa als Diskursgemeinschaft

Der Europarat als Befürworter von freiwilligen Entnationalisierungsprozessen stellt Kommunikation und Diskurs seiner Mitglieder untereinander, das Einbringen kultureller Selbstverständnisse der europäischen Völker in eine gemeinsame Plattform, das gegenseitige Kennenlernen von Kultur und Geschichte der jeweils anderen – das kommunizierende Aufeinandertreffen der Europäer zur gemeinsamen Aushandlung einer europäischen Vergangenheitsvorstellung und europäischer Identität ins Zentrum seiner Politik. Er definiert keinen allgemeingültigen Glaubenssatz, sondern will die Entstehung eines Zusammengehörigkeitsgefühls von unten, aus 'Europa' heraus befördern. Der öffentliche Diskurs, den der Europarat hier anstrebt, ist ein Prozess des Überlegens und Abwägens, an dessen Ende möglicherweise ein Konsens stehen kann, der nicht bereits zu Beginn vorgegeben ist. In dieser Arena einer europäischen Öffentlichkeit kann so eine imagined community konstruiert werden, welche kollektive Identität nicht als Voraussetzung, sondern als Ergebnis hat. Öffentlichkeit ist hierbei ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also Meinungen⁸³, bei dem „zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten“⁸⁴ diskutiert werden. Im Gegensatz zu traditionellen Gleichheitsvorstellungen kann Europa eine „Identität erlangen, insoweit es gemeinsame Erfahrungen gemacht hat und sich in der Lage zeigt, diese Erfahrungen – die ja nicht einfach da sind, sondern im Gedächtnis wach gehalten werden müssen – gemeinsam zu interpretieren.“⁸⁵

Dieser Ansatz beinhaltet einen interessanten Bezug zu gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen, die auch die scheinbar unveränderliche und – laut EU – schützenswert dominante Rolle der Nationalstaaten in Frage stellen können. Klaus Eder und Richard Münch⁸⁶ heben in ihren Konzepten zu Europa als Kommunikationsgemeinschaft hervor, dass aufgrund erhöhter Mobilität und weltweiter Vernetzungsprozesse

⁸³ Habermas [1992] S. 436

⁸⁴ Habermas [1996a] S. 190

⁸⁵ Wagner [2005] S. 499

⁸⁶ vgl. Münch [2001]

Individualisierung zunimmt und die nationalen Kulturen an Geschlossenheit verlieren. Dabei bedingen sich die Prozesse der Individualisierung und Europäisierung gegenseitig und die Trägerschaft der europäischen Kultur verschiebt sich von den Nationen auf transnationale Netzwerke von Individuen. Die Geschlossenheit nationalstaatlicher Integration lockert sich und Raum für sub- und transnationale Solidarität und Identität stellt sich her. Wenn nun nationale Kulturen und Identitäten an Geschlossenheit verlieren, erfolgt kulturelle Integration nicht mehr auf dem Weg der Integration nationaler Kulturen und Identitäten, sondern auf dem Weg der Entnationalisierung von Kulturen und Identitäten und der dadurch möglichen vielfältigen Kreuzung individueller Lebensstile und individueller Beziehungen über nationale Grenzen hinweg.⁸⁷ Das hieße, dass Individualisierungsprozesse von vornherein eine Europäisierung nationaler Kultur, Identität, Erinnerung und damit die Konstruktion künstlicher gemeinsamer Werte, die den europäischen Identitätsbegriff erstarren lassen, unmöglich machen. Statt dessen findet Entnationalisierung und dadurch Aufweichen der ja auch konstruierten nationalen Exklusivität statt. Aus diesem Gedanken, der Entnationalisierung, Individualisierung und öffentliche Diskursarena über gemeinsame Vergangenheit und gemeinsame Kultur aneinander bindet und dem Identitätskonzept des Europarates entspricht, kann ein neues Konzept für das Europa des 21. Jahrhunderts entstehen, das nicht einfach nationale Identitätskonstruktionen auf höhere Ebene kopiert.

19 Herausforderungen an einen europäischen Identitätsbegriff

Eine offene theoretische Grundfrage bei der Gegenüberstellung beider Identitätskonzepte stellt sich jedoch nach der gegenseitigen Bedingung. Ob der gemeinsame Diskurs einer Identitätsbildung vorgeordnet, oder eine gemeinsame Identität Voraussetzung für den Diskurs ist, lässt sich theoretisch nicht entscheiden. Das Abwägen der Leistungsfähigkeit beider Konzepte im Bezug auf die spezifischen Herausforderungen an eine europäische Identitätsbildung führt hier vielleicht in der Bewertung weiter.

19.1 die Veränderlichkeit des europäischen Territoriums

Seitdem die Europäische Union erstmalig die Signifikanten formuliert hat, auf die sich eine europäische Identität berufen kann, sind 16 weitere Mitgliedstaaten der EU beigetreten. Seit

⁸⁷ vgl. Münch [2001] S. 196 ff.

dem Erlass der Kulturkonvention hat der Europarat 23 neue Mitglieder aufgenommen. Die Europäische Union hat Teile der von ihnen 1973 postulierten Werte revidiert, der Text der Kulturkonvention des Europarates ist noch heute mit dem der Urfassung aus 1954 identisch. Es macht den Anschein, als dass die beiden Identitätskonzepte in sehr unterschiedlichem Maße einer sich verändernden Mitgliederzahl und einem wachsenden Territorium gegenüber flexibel sind.

Das diskursive Identitätskonzept des Europarates, das Identität von allen seinen Mitgliedern gemeinsam verhandelt wissen will, versteht den Kommunikationsraum dieser Diskussion nicht als geschlossenen Gesprächskreis, sondern als offene Diskursarena. Schon vor dem Beitritt der postkommunistischen Staaten beispielsweise wurden die Sowjetrepubliken und die Satellitenstaaten an der Aushandlung einer europäischen Identität und Kultur beteiligt. Heute gibt es außereuropäische Beobachterstaaten, die mit den Mitgliedern gemeinsam über Kultur diskutieren.

Dabei gerät eine Diskursarena, die ihre Teilnehmer in der Sphäre einer europäischen Öffentlichkeit miteinander verbindet, nicht ins Wanken, sobald Gesprächspartner aus ihr austreten oder neue hinzukommen und scheint dem folgend durch eine Veränderlichkeit des Territoriums nicht angreifbar. Ob und wie der Diskurs, den der Europarat über eine gemeinsame europäische Identität initiiert hat tatsächlich alle Völker einbezieht, hängt von den oben genannten generellen Fragestellungen zur Funktionsmöglichkeit eines transnationalen Diskurses ab, seine Leistungsfähigkeit wird durch ein sich veränderndes Territorium jedoch nicht beeinträchtigt. Der Diskurs ist flexibel auszugestalten. Und folge ich dem Gedanken, dass auch ein erzielter Konsens immer wieder zum Dissens werden kann und durch Diskurs neu bestätigt werden muss, so findet er auch kein Ende, nach dem neue Mitglieder zu spät kommen könnten.

Bei der Europäischen Union steht die Frage anders. Festgeschriebene Identitätssignifikanten, die für eine konkrete Gruppe von Nationen definiert wurden, können von neuen Mitgliedern stets anders interpretiert und damit in ihrer Gültigkeit hinterfragt werden. Bemerkenswert ist hierbei, dass in dieser Situation die Nationen nicht mehr im angestrebten Gleichgewicht agieren können. Altmitglieder waren Autoren der festgeschriebenen Formulierungen. Neumitglieder bestätigen allein durch ihren Beitritt die vorliegenden Dokumente und können kaum mehr einen Diskurs als gleichberechtigte Gesprächspartner beginnen. Die Debatte im Rahmen des

europäischen Konvents über die Erwähnung von Gott, Religion oder Kirche im Verfassungsentwurf, die vor allem von Frankreich und Polen geführt wurde, illustriert das.

Trotzdem kann man den Gründungsmitgliedern der EG kein Beharren auf den seit 1973 festgeschriebenen Signifikanten unterstellen, im Zuge der Beitrittswellen 1981/86, 1990 und 1995 wurden die Formulierungen des gemeinsamen Erbes vergrößert. Der Verfassungsentwurf schließlich bezieht sich nur noch auf das kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas, während in den Vorgängerdokumenten noch auf konkrete Inhalte Bezug genommen wurde. Das Konzept der Werte- und Kulturgemeinschaft, wie es anfangs gedacht wurde, ist demnach sehr anfällig für Veränderungen in der Mitgliederstruktur.

Um sie dennoch aufrecht zu erhalten, ist eine zweite Tendenz im Umgang mit Beitrittskandidaten in Bezug auf ihre Integration in die Identitätskonstruktion zu beobachten, die eingangs bereits kurz dargestellt wurde - die Reinterpretation der Identität der neuen Mitgliedstaaten⁸⁸ zur Einpassung in die vorhandenen Identitätskonzepte. Die Europäische Union weicht also ihre Identitätssignifikanten von oben auf und dehnt sie, um den Beitritt und die Einpassung neuer Nationen zu ermöglichen. Gleichzeitig deutet sie Identitätssignifikanten von Beitrittskandidaten so um, dass diese sich ihrerseits in die kulturelle Identität der EU einfügen können. Das Konzept der Werte- und Kulturgemeinschaft scheint hier in so hohem Maße Anpassungsleistungen und Dehnbarkeiten in mehrere Richtungen zu bedürfen, dass diese letztendlich seinen Sinn zerstören.

19.2 Integration nationaler/ nationalistischer Geschichte: Europa der Brüche und Spaltungen

Eine weitere grundsätzliche Frage an europäische Identität bleibt, wie sehr sie überhaupt auf nationalen Identitäten fußen kann, denn integraler Bestandteil jeder nationalen Identität ist, sich im *Gegensatz* zu anderen Nationen zu konstituieren. Wenn die Gremien der EU die „kulturelle Vielfalt“ der europäischen Länder als „Grundlage Europas“ heranziehen, so kann dieses Europa nur durch Abspaltung konfliktreicher, kriegerischer, ausgrenzender und exklusiver Elemente der nationalen Identitäten möglich werden. Ausschließlich die integrierbaren Elemente der Nationalidentitäten können in dieser Vorstellung als Basis einer europäischen Identität herangezogen werden. Die nationalen Identitäten der EU-Mitgliedstaaten müssten da-

⁸⁸ Beispiel Baltische Staaten von osteuropäisch zu nordeuropäisch vor dem Beitritt.

durch in einen potenziell europäischen und in einen in den Hintergrund tretenden, nicht integrierbaren Teil aufgespalten werden. Gleichzeitig müssen die in die Identität integrierbaren Elemente der Nicht-Mitgliedstaaten, auch wenn sie erheblichen Teil an der geteilten Vergangenheit vorstellung haben, ausgeschlossen bleiben. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die gemeinsame Geschichte Europas, die die EU erzählt.

Um die neue und alte Einheit zu begründen und die Vielfalt des Kontinents in diesen Grenzen zu beschränken, werden die postulierten europäischen Gemeinsamkeiten von der EU in allen geschichtlichen Epochen sichtbar gemacht und führen zu einem verfälschenden Beschneiden thematischer und geographischer Räume nach den Regeln intentionaler Geschichte. Zudem grenzt das Aufrufen eines positiven gemeinsamen Erbes ganze Bereiche wirklich europäischer 'Tradition' aus, die einen komplexeren Umgang herausfordert als ein 'Sich-auf-die-Fahnen-Schreiben' – die europäische Tradition des Antisemitismus beispielsweise oder die der Kolonisierung. Um die Homogenität des gemeinsamen Europa, auf das wir Bürger der Europäischen Union uns berufen sollen, zu bewahren, glätten die Darstellungen auf europäische Geschichte in gefährlichem Maße und müssen dabei nationale Verantwortlichkeiten ausblenden.

Neben der Anbindung an das vornationale Europa und die Rückbesinnung auf seine Traditionen findet die Abgrenzung nach Innen, also von einem Teil der eigenen Geschichte vor allem des 20. Jahrhunderts durch Ausblenden und Weichzeichnen statt. Das Ansprechen nationaler Verantwortungen an den Weltkriegen und am Genozid im 20. Jahrhundert hätte komplexe, sicher auch schmerzhaft Diskurse über die gemeinsame Interpretation historischer Ereignisse erfordert, welche nationale Geschichtsinterpretationen in gleichberechtigte Kommunikation geführt haben müsste. Allein die binationale polnisch-deutsche Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen hat deutlich gemacht, dass tiefe Meinungsverschiedenheiten und Verletzungen zwischen den Nationen aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts resultieren. Diese negative Identitätsdimension, welche den Werten, auf die sich Europa heute beruft, entgegensteht, fehlt in der EU-europäischen Vergangenheit vorstellung.

Interessant ist diese Vorgehensweise im Kontext einer Aussage von Ulrich Wyrwa, der diesen Umgang mit europäischer Geschichte als insgesamt etwas „barock“ bezeichnet.⁸⁹ Bezieht man

⁸⁹ vgl. Wyrwa [1994]

diese Einschätzung nicht auf die Ausformung von Details, sondern auf die Methodik, wie eine europäische Sicht auf die Geschichte zu entwickeln sei oder mehr noch, wie eine europäische Identität aus der Geschichte zum Objekt der Identifikation werden kann, dann lässt sich dieser Gedanke wiederum an Peter Wagner binden, der in diesem Zusammenhang das traditionelle, vielleicht auch barocke Verständnis von Identität durch die EU in Frage stellt.

Wagner führt den eigentlichen Wortsinn von Identität als ‚Gleiches‘ an und charakterisiert dieses traditionelle Verständnis in Übertragung auf Europa als „Gleichheit im Inneren Europas und Beständigkeit im Laufe der Zeit“⁹⁰. In dem Bestreben, diese zweidimensionale Gleichheit in Europa und seiner Geschichte lückenlos nachzuweisen, scheint die EU-initiierte Geschichtsschreibung verhaftet zu sein. Der Raum Europa, über dessen Geschichte sich eine homogenisierte Monogenealogie verfassen lässt, soll kommuniziert werden und die Gleichheit der Bevölkerung als Voraussetzung kollektiver Identität sichern.

Wagner meint, dass dieses Identitätsverständnis nicht nur einige Elemente nationaler Geschichte auslässt, sondern insgesamt das Wesen Europas verfehlt. Er skizziert europäische Geschichte in Anlehnung an den französischen Philosophen Rémi Brague als ‚exzentrisch‘, im wörtlichen Sinne: ohne Mittelpunkt und eigenen Ursprung“, da das europäische Selbstverständnis immer auf etwas anderes verwies, das vor Europa da war“^{91,92}. Das originär Europäische sei dagegen eine Geschichte von politisch-kulturellen Herausforderungen, die durch neue Grenzziehungen, durch Trennungen und Spaltungen bewältigt wurden. Wagner schlussfolgert daraus: „Wenn Europa eine kulturelle Identität hat, dann muss diese aus den Erfahrungen mit diesen Spaltungen und Grenzziehungen und aus deren Deutungen resultieren.“⁹³ Er plädiert dafür, sich Europa nicht als eine territoriale, politische und kulturelle Einheit in der Welt nach dem Modell des Nationalstaates vorzustellen, der sich von anderen abgrenzt und sich diesen gegenüberstellt, sondern als einen Ort, der seine Erfahrungen gemeinsam interpretiert und daraus handlungsleitende Vorschläge entwickelt, die die Unterschiede zu anderen Handlungsorientierungen deutlich werden lassen. Diese gemeinsame Interpretation der Geschichten in Europa entspricht dem theoretischen Diskurskonzept, das der Identitätsvorstellung des Europarates zugrunde liegt und den Anschein macht, der Segmentierung von Geschichtsbildern entgegenwirken zu können.

⁹⁰ Wagner [2005] S. 498

⁹¹ In religiöser Hinsicht war das Christentum dem Judentum nachgeordnet und in politischer Hinsicht war die römisch-republikanische Tradition von der griechischen Demokratie der Stadtstaaten inspiriert.

⁹² Wagner [2005] S. 500

⁹³ Wagner [2005] S. 503

19.3 West-/ Mittel-/ Osteuropa: den alten Feind integrieren

Eine zweite Abspaltung im Prozess der Konstruktion einer homogenen Geschichtsinterpretation der EU-Mitgliedstaaten ist neben der Auslassung von Teilen der eigenen Geschichte auch die Auslassung der historischen Beiträge von Nicht-Mitgliedstaaten und sogar der Nationen, die erst 2004 der Europäischen Union beigetreten sind. Der Fokus auf Westeuropa ist unter Beachtung der Entstehungszeit der Identitätspolitik in den EG der 9 und im Kontext der politischen Bedeutung europäischer Identität als gesellschaftlicher Stabilisator der Europäischen Gemeinschaft insgesamt nachvollziehbar. Die Entstehung der geistigen und kulturellen Werte, die die Handlungsziele der Union heute definieren, können dadurch jedoch nicht adäquat beschrieben werden.

Dass die EU der 15 sich als Europa auf demokratischen Prinzipien als westeuropäische Errungenschaft in Abgrenzung zum Osten berufen hat, ließ die maßgebliche Bedeutung Polens in dieser Entwicklung außen vor. Polen und Litauen bildeten seit 1569 die sogenannte Adelsrepublik und damit den ersten modernen Staat Europas mit einem adelsrepublikanischen System und einer Gewaltenteilung. Die Verfassung der Rzeczpospolita Polen-Litauens, die im Mai 1791 im Warschauer Königsschloss verabschiedet wurde, gilt als die erste moderne Verfassung Europas.

Osteuropa wurde damit die Beteiligung an der Herausbildung der europäischen kulturellen Moderne abgesprochen und führt unter Anderem die Anhänger von Samuel Huntington dazu, von einem Riss in Europa auszugehen, auf dessen westlicher Seite sich „Zivilgesellschaft entwickelt hat, mit Reformation, Aufklärung, Individualismus, Erklärung der Menschenrechte und Demokratie“⁹⁴, während sich auf der anderen Seite seit Jahrhunderten „das Wesen der 'Cäsaropapismus“ bis ins 20. Jahrhundert, hier „deformiert im Kollektivismus während der kommunistischen Parteienherrschaft“ fortsetzt. Mittel- und Osteuropa wird damit jeglicher Beitrag zur Entwicklung der europäischen Werte abgesprochen und daraus ableitend wird aufgrund der so begründeten fehlenden, demokratischen Traditionen eine geringere Achtung und Verbindlichkeit Mittel- und Osteuropas gegenüber diesen Werten unterstellt.

Mit diesen vereinfachenden und selektierenden Vergangenheitsbildern wird nicht nur das Vorgehen einer intentionalen Geschichtsschreibung kopiert, mit deren Hilfe die

⁹⁴ Urban [2003]

Nationalstaaten ihre Identität ausgeformt haben, sondern vor allem wird eine gesamteuropäische Identitätsbildung zugunsten einer EU-Identität verhindert, da Nicht-Mitgliedstaaten aus diesem Prozess rigoros ausgeschlossen werden. Das Selbstbild der EU der 15 hat demnach nicht nur ein Identitäts- und Geschichtsbild *für* ihre 15 Mitgliedstaaten entworfen, sondern auch *gegen* die Nicht-Mitgliedstaaten und diesen Ausschluss wiederum durch intentionale Geschichtsschreibung untermauert.

Im Gegensatz zu dieser Identität aufgrund geteilter Werte oder über die Suche nach einer gemeinsamen Geschichte hat die Identitätsbildung aus den nationalen Identitäten heraus, wie sie der Europarat denkt, den Vorteil, dass Osteuropa, welches sonst im Allgemeinen in diesen Diskursen wenig Beachtung erfährt, an der Konstruktion einer europäischen Identität voll beteiligt sein könnte⁹⁵.

Aleš Debeljak betont in diesem Kontext, dass „es [...] keine europäische Tradition [gibt], sie ist noch zu erfinden und dabei ist es unerlässlich, dass die Schaffung eines Europäertums vom gesamten Feld der kulturellen und ethnischen Traditionen ausgeht“⁹⁶. Und wer hat die politischen Eliten der Europäischen Union ermächtigt, aus ihrem westlichen Kleineuropa heraus diese europäische Tradition zu definieren? Ist es nicht legitimer, den Europäern zu sagen: schafft euch eure Tradition selbst und zwar alle gemeinsam, die sich daran beteiligen wollen, und sie dabei mit technischen Hilfsmitteln für eine Umsetzung des Vorhabens zu unterstützen?

Diesen Ansatz hat der Europarat konsequent umgesetzt, indem er *vor* dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten diese am gemeinsamen Diskurs über europäische Geschichte und Identität noch vor dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatenbundes und der Sowjetunion beteiligt hat, weil sein Europabegriff nicht nur vom momentanen politischen Konstrukt definiert ist und er eine Mitgliedschaft nicht als notwendige Eintrittskarte nach Europa versteht.

20 Werte- und Kulturgemeinschaft oder Diskursgemeinschaft

Das Europa des 20. Jahrhunderts, der Europarat und mehr noch die Europäische Union sind Gebilde *sui generis*, die sich auf keine vergleichbaren Strukturen in Vergangenheit oder

⁹⁵ vgl. Debeljak [2002]

⁹⁶ Debeljak [2002] S. 9

Gegenwart berufen oder von ihnen lernen können. Sie entwickeln sich in hoher Geschwindigkeit weiter, verbreitern und vertiefen ihre Kompetenzfelder und agieren dabei in einer globalisierten vernetzten Welt, deren Zukunft weder kalkulierbar, noch auch nur absehbar ist.

Dabei scheint es, dass das Identitätskonzept des Europarates flexibler auf sich verändernde Lebenswirklichkeit und die Vervielfältigung der Formen der Vergesellschaftung reagieren kann, ohne dabei seine Wesenheit einzubüßen. Der europäische Diskurs kann den Grundsatz „In Vielfalt geeint“ in all seinen Ausprägungen deutlich besser umsetzen, ja vielleicht auch aushalten. Die Europäische Union dagegen ist in einem Maße in westlichem Konsens verhaftet, der ihr Verhältnis im Bezug auf zunehmende kulturelle Vielfalt sehr widersprüchlich macht, wie an ihrem Geschichtsbild ablesbar ist. Auf der einen Seite gilt Vielfalt als Wert an sich, auf der anderen Seite wird die EU, wenn einzelne Elemente dieser Vielfalt in Konflikt mit ihren Werten kommen, zum Universalisten.⁹⁷ Das ist ein Grundproblem des verfrühten Konsens in ihrem Selbstbild, der keinen Dissens zulässt, sondern seine Werte gegen die Versuche argumentativer Aushandlung verteidigt. Die Europäische Union installiert statt Diskursarenen Programme, die das Bewusstsein für die gemeinsamen Werte in den politischen Eliten und in der Bevölkerung verankern sollen. Dem folgend sind ihre Werte als etwas zu Erlernendes zu verstehen und diese „Tatsache, dass gemeinsame Werte vermittelt werden müssen, betont zugleich deren Mangel an Evidenz.“⁹⁸

Das Modell, das eine europäische Identität an das diskursive Interagieren nationaler Geschichtsinterpretation bindet, scheint hier leistungsfähiger, wenn es ihm gelingt, die Europäer in diese Verhandlungen aktiv einzubeziehen. Dieser Prozess kann jedoch, gerade in einer erweiterten Union nur langsam wachsen und beginnt mit dem einfachen Erfassen der verschiedenen Sichtweisen, mit dem Interesse aneinander und an den unterschiedlichen Blickwinkeln. Eine gemeinsame europäische Vergangenheitsvorstellung als Basis einer belastbaren europäischen Identität kann als gemeinsame Beschreibung vielleicht an dessen Ende als nachfolgender Schritt stehen – vielleicht ist die Überwindung entstehender Meinungsverschiedenheiten auch unmöglich.

⁹⁷ Nowicki [2006]

⁹⁸ Quenzel [2005] S. 142

Der Mittelalterhistoriker, Europaabgeordnete und ehemalige Außenminister Bronislaw Geremek sieht das gemeinsame Vorhaben in einem Gastbeitrag für die polnische Zeitschrift „Dziennik“ als kompliziert an, unterstreicht damit meiner Meinung nach jedoch die enorme Wichtigkeit dieses Projektes. Er sagt, den Menschen im Westen fehle die Sensibilität dafür, was sich vor 1989 jenseits des 'Eisernen Vorhangs' getan hätte, europäische Geschichte sei in diesem Kontext „eine Geschichte, das sich nicht schreiben lässt“. Zdzislaw Mach, Direktor des Instituts für Europäistik der Universität Krakau, befindet, diesen Gedanken weiterführend, dass die Interpretation historischer Ereignisse zu verhandeln jedoch auch dann sinnvoll sei, wenn man sie nicht in Übereinstimmung bringen könne. Dissens kann ein gültiges Ergebnis für einen Diskurs sein und qualitativvoller als ein vorschneller Kompromiss.

Um bei dieser Fragestellung nicht den Anschein zu erwecken, ausschließlich Mittel- und Osteuropäer verträten die Meinung, es sei dringend notwendig, europäische Geschichte neu zu diskutieren, sei hier noch Francis Jacques angeführt, der die große Chance des Diskurses auch darin sieht, eine junge interdisziplinäre Generation von Europäern in diese Gestaltung Europas einzubeziehen, denn „La recherche d'un consensus universel avec sa prétention totalisante, me paraît une valeur désuète et suspecte.“⁹⁹

Tatsache ist, dass die Relevanz des Diskurses für ein Projekt 'Europäische Identität' mit der Osterweiterung der Europäischen Union eine völlig neue Bedeutung erlangt hat. Die Bewertung der Weltkriege oder der sich anschließenden Zwangsumsiedlungen vor allem der Deutschen, Polen und Weißrussen reißen völlig neue und umfassendere Interpretationsklüfte einer geteilten Vergangenheit zwischen den Nationen auf, die - wenn sie unausgesprochen bleiben - unter dem Denkmantel europäischer Integration zu Gären beginnen können. Zudem bestehen zwischen Ost- und Westeuropa unterschiedliche Bewertungen des Kommunismus – die europäischen Wahrnehmungen der jüngsten Geschichte sind viel stärker fragmentiert – eine vorschnelle vorgegebene Homogenität in den Darstellungen europäischer Geschichte kann hier zerreißen. Eine gemeinsame europäische Identität ist immer umfassenderen Herausforderungen ausgesetzt, die durch eine einfache Ausdehnung des Identitätsobjektes durch sozio-kulturelle Gemeinsamkeiten nicht bewältigt werden können. Natürlich kann auch das Konzept des Diskurses keinen wie auch immer gearteten Erfolg garantieren, aber Kommunikation miteinander zu beginnen, ist für jede menschliche Interaktion, ob zwischen Individuen oder Kollektiven, ein Schritt der Annäherung.

⁹⁹ Francis Jacques nach Nowicky [2006]

21 So nun diskutiert!

Die Frage stellt sich nun danach, wie die europäische Bevölkerung aktiviert werden kann, sich an diesen Diskursen zu beteiligen und wie das komplexe Themenfeld einer gesamteuropäischen Geschichte greifbar gemacht werden kann. In seiner Gesamtheit würde es mehr als 2.000 Jahre europäischer Geschichte und ein Territorium von 10 Millionen Quadratkilometern umfassen, die Diskursarena richtet sich kontinuierlich an mehr als 700 Millionen Einwohner in mehr als 300 Sprachen.

Da sich der Europarat als Plattform für die Aushandlungsprozesse um europäische Geschichte, Kultur und Identität versteht, hat er Instrumente erarbeitet, die konzentrierte Diskurse ermöglichen und dabei den größtmöglichen Freiraum für die Europäer lassen, die zu bearbeitenden Relevanzgesichtspunkte selbst festzulegen – das Kerninstrument ist dabei das „Kulturstraßenprogramm des Europarates“.

22 Das Kulturstraßenprogramm des Europarates als (Kern-)Instrument zur Beförderung eines europäischen Identitätsdiskurses

22.1 Entstehung und Grundgedanke des Kulturstraßenprogrammes

Die Geschichte der Kulturstraßen des Europarates reicht ins Jahr 1964 zurück, als die Arbeitsgruppe 'L'Europe continue' im Europarat die kulturelle Geographie Europas zum Ausgangspunkt nahm, um die Entwicklung transnationaler touristischer Netzwerke anhand kultureller europäischer Themen zu befördern.¹⁰⁰ Die Arbeitsgruppe verfasste als Ergebnis ihrer Sitzungen den Bericht "Die Förderung des kollektiven Bewusstseins für die wichtigsten Kulturstätten Europas und ihre Einbeziehung in die Freizeitkultur", um die Frage zu beantworten, wie Tourismus dazu beitragen kann, das Bewusstsein für den Reichtum, die Vielfalt, die tiefe Einheit und Kontinuität der europäischen Zivilisation zu fördern.

Dieser Gedanke einer Verbindung von Geschichte, Kultur und (Kultur-)Tourismus reagierte damit auf wesentliche Neuerungen des Freizeitverhaltens während der Entstehungszeit des

¹⁰⁰ Die Dokumentation dieser Arbeitsgruppe, die Teilnehmer, Ergebnisse, Absichten festhalten, sind im Europarat verschwunden. Sowohl dem Europäischen Institut der Kulturstraßen, als auch der Generaldirektion für Kultur, Kultur- und Naturerbe als auch der Verantwortlichen für die Kulturstraßen im Europarat sind keine Abschriften zugänglich.

Programmes. Zu Beginn der 60er Jahre wurde in mehreren Ländern Westeuropas der bezahlte Jahresurlaub von Arbeitnehmern um das Vierfache auf mehr als 20 Tage pro Jahr erhöht. Damit bot sich erstmals die Möglichkeit über Formen nachzudenken, wie die Bürger Europas nicht nur in Bildungs-, Arbeits- und tradierten Kultureinrichtungen mit europäischen Themen in Berührung kommen könnten, sondern auch in ihrer Freizeit. Indem man also ausgesuchte Orte und Wege, die als europäische Gedächtnislandschaften fungieren können dem touristischen Interesse erschließt, soll das Bewusstsein für eine gemeinsame europäische Kultur geweckt werden.

In einer Empfehlung der parlamentarischen Versammlung und des Ministerkomitees wurden die Mitgliedsstaaten des Europarates 1984 dazu aufgefordert, die Entstehung europäischer Kulturstraßen zu befördern. Mit dem Jakobsweg wurde 1987 schließlich die erste europäische Kulturstraße eingeweiht.¹⁰¹ Dieser Weg, der laut der Deklaration von Santiago symbolisch für den europäischen Entwicklungsprozess steht, sollte als Referenz und Beispiel für zukünftige Aktionen und weitere Kulturstraßen dienen.¹⁰²

In der Santiago-Deklaration sieht der Europarat folgende Prinzipien als konstituierend für die europäische Identität an, die die verschiedenen Kulturen im geschichtlichen Verlauf verbunden haben:

- die menschliche Dimension der Gesellschaft,
- die Ideen von Freiheit und Gerechtigkeit und
- das Vertrauen in den Fortschritt.

„Diese kulturelle Identität erwächst seit eh und je aus der Existenz eines europäischen Raumes, voller gemeinsamer Erinnerungen und durchzogen von Wegen, welche die Entfernungen, die Grenzen und das Unverständnis überwinden.“¹⁰³

¹⁰¹ Artikel „Programm der Kulturstrassen des Europarats“. abgerufen unter: <http://www.culture->

[routes.lu/php/fo_index.php?lng=en&dest=bd_do_det&id=00000264](http://www.culture-routes.lu/php/fo_index.php?lng=en&dest=bd_do_det&id=00000264). abgerufen am: 21.07.2010

¹⁰² Europarat: Deklaration von Santiago 1987. In: Europarat: Future for our past, Nr. 32, Straßburg, 1988

¹⁰³ ebenda

22.2 Definition der Kulturstraßen des Europarates

Noch im gleichen Jahr hat der 'Rat für kulturelle Zusammenarbeit' europäische Kulturstraßen offiziell definiert:

“Eine europäische Kulturstraße ist ein Weg durch ein oder mehrere Länder oder Regionen, der sich mit Themen befasst, die wegen ihres geschichtlichen, künstlerischen und sozialen Interesses, europäisch sind, sei es auf Grund der geographischen Wegführung, oder des Inhaltes und der Bedeutung.“¹⁰⁴

Europäische Kulturstraßen können demnach

- transnationale Projekte (mehrere Länder sind beteiligt),
- transregionale (grenzüberschreitend oder nicht) oder
- regionale Projekte sein (wenn das kulturhistorische, künstlerische und soziale Interesse der Projekte über die Grenzen der Region oder des Staates hinausgeht).

Dabei müssen Kulturstraßen nicht im wörtlichen Sinn reale Wege oder Straßen sein, sondern können auch im übertragenen Sinn Wege widerspiegeln, die zwar meist an geographischen Orten festzumachen sind, aber vor allem auf Grund ihrer historischen Bedeutung für ein gemeinsames europäisches Kulturerbe stehen. Dieses gemeinsame Erbe kann sich auf Epochen (z.B. Humanismus), wichtige Persönlichkeiten (z.B. Mozart), Bevölkerungsgruppen (z.B. die Straße der Kelten) und andere kulturell wichtige Einflüsse in der Geschichte Europas (z.B. die Wege des jüdischen Erbes) beziehen.

22.3 Institutionalisierung des Kulturstraßenprogrammes

Mit der Resolution (98) 4 wurde dem Programm der Kulturstraßen 1998 ein formeller Rahmen gegeben, innerhalb dessen seine Mitglieder kooperieren sollen und Vorschläge für neue Kulturstraßen unterbreiten können. Sie dient als Leitfaden für die Aufnahme neuer Kulturstraßen und zeigt den inhaltlichen Schwerpunkt des Programms auf. In Artikel I der Resolution sind die grundsätzlichen Kriterien aufgelistet, die die Kulturstraßen erfüllen müssen. Demnach müssen sich diese Projekte auf ein bestimmtes Thema konzentrieren, das europäische Werte repräsentiert, mehreren europäischen Ländern oder Regionen gemein ist

¹⁰⁴ offizielle Definition der Kulturstrassen durch den Rat der Kultur-Kooperation

und durch einen Konsens von Experten aus verschiedenen Disziplinen und Ländern entwickelt wurde, was eine vorhergehende transkulturelle Aushandlung erfordert.

Kulturstraßen sollen zudem europäisches Gedächtnis, europäische Geschichte oder europäisches Erbe illustrieren und dazu beitragen, die Vielfalt des heutigen Europa zu interpretieren. Die Projekte sollen langfristig die Verwirklichung multilateraler kooperativer Projekte fördern, also z.B. den kulturellen Austausch zwischen jungen Europäern und die Ausbildung von Initiativen im Kulturtourismus oder der nachhaltigen Kulturentwicklung unterstützen.¹⁰⁵

Bevorzugte Aktionsfelder für solche kooperativen Projekte sind Forschung und Entwicklung, Kulturerbe, Austauschprogramme, zeitgenössische Kunst und Kultur und Kulturtourismus (Punkt II der Resolution).

Im Punkt III der Resolution werden schließlich Kriterien für die Initiatoren der Projekte aufgestellt, die sich in länderübergreifenden multidisziplinären Netzwerken zusammenschließen sollen. Diese beinhalten unter anderem die Notwendigkeit einer demokratischen Basis der Vereinigungen, die die Kulturstraßen leiten, sowie die Sicherung der nachhaltigen Arbeitsfähigkeit. Darüber hinaus müssen die Netzwerke Arbeitsprogramme aufstellen, in denen ihre Zielsetzungen, Methoden, Partner, die teilnehmenden Länder, die Aktionsfelder und die mittel- und langfristige Entwicklung der Maßnahmen offen gelegt werden.¹⁰⁶

Abschließend werden im vierten Punkt der Resolution drei Kategorien festgelegt, die den Status der Kulturstraßen definieren. Sie bilden in absteigender Reihenfolge die Komplexität der einzelnen Projekte ab.

- Unter die erste Kategorie fallen Kulturstraßenprojekte, die sich einem paneuropäischen Thema widmen und eine Vielzahl von Projekten in verschiedenen europäischen Ländern und empfohlenen Aktionsfeldern anstoßen. Sie erhalten das Prädikat „Major Cultural Route of the Council of Europe“.

¹⁰⁵ Ministerkomitee des Europarates: Resolution (98) 4. On the Cultural Routes of the Council of Europe. Straßburg 1998, Punkt I. Abgerufen unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=470017&BackColorInternet=9999CC&BackColorIntranet=FFBB55&BackColorLogged=FFAC75>, 28.07.2010.

¹⁰⁶ ebenda, Punkt II und Punkt III.

- Kulturstraßen, die als “Cultural Route of the Council of Europe” als zweite Kategorie ausgezeichnet werden, bearbeiten Themen, die einen engeren historischen oder geografischen Einfluss innerhalb Europas haben und so zum Beispiel nur transregional arbeiten.
- In die dritte Kategorie fallen Projekte, die sich bestehenden Kulturstraßen untergliedern lassen (zum Beispiel der Hugenottenpfad im Rahmen der Migrationsroute) und die Bezeichnung „In the framework of the Cultural Routes of the Council of Europe“ erhalten.

Als Kulturstraßen werden dabei keine Straßen oder Themen an sich ausgezeichnet, sondern aktive Netzwerke, die sich im Sinne des Programmes auf Schwerpunkte und Orte mit großer geschichtlicher Bedeutung stützen, welche die kulturelle Einheit Europas bezeugen. Bestehende Kooperationen können dabei einen Antrag auf Anerkennung als Kulturstraße stellen, den ein Auswahlgremium des Europarates bewertet.

1997 wurde das Europäische Institut der Kulturstraßen auf der Basis eines politischen Abkommens zwischen dem Europarat und dem Großherzogtum Luxemburg gegründet, das ausführliche Daten und Dokumente des gesamten Programms sammelt und veröffentlicht, die Promotoren bestehender Kulturstraßen unterstützt und neuen Projektträgern bei der Umsetzung von deren Vorhaben hilft. Das Institut ist der einzige Ansprechpartner für die Akteure der Kulturstraßennetzwerke, leistet gleichzeitig deren Vernetzung und die Kommunikation zwischen dem Europarat und den Straßenprojekten.

22.4 Zielvorstellungen des Programms

Die Verwirklichung des Programms der Kulturstraßen des Europarates verfolgt ein dreifaches Ziel:

- Die gemeinsame kulturelle Identität der europäischen Bürger sichtbarer, wertvoller und im täglichen Leben lebendiger machen,
- das europäische Kultur-Erbe zu erhalten und aufzuwerten,
- im Interesse einer verbesserten Lebensqualität und im Interesse der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung den Bürgern Europas in ihrer Freizeit neue Möglichkeiten des Kulturtourismus anzubieten.

Anhand dieser Darstellungen durch den Rat der Kulturkooperation wird ersichtlich, dass das Programm auf die Vermittlung einer gemeinsamen kulturellen europäischen Identität zielt, indem es europäische Themen in der sichtbaren Umwelt seiner Bürger verankert. Die Kulturstraßen sollen ein kulturelles gemeinsames Erbe umfassen, das geeignet ist, die europäische Identität zu stützen. Durch gemeinsame symbolische Praktiken als Mittel der Vergegenwärtigung, also z.B., indem Geschichte durch pilgernde Menschen auf dem Jakobsweg erfahrbar gemacht und neu belebt wird, soll ein Zusammengehörigkeitsgefühl zur übergeordneten Gemeinschaft entwickelt werden.

Europäische Identität und Werte sollen hier nicht abstrakt bearbeitet werden, sondern am Ort aus der Geschichte heraus sichtbar gemacht und dadurch mit regionalen Erinnerungskulturen und kleinräumigeren Identitätsebenen verbunden werden. Die Überregionalität bzw. Transnationalität der Kulturstraßen soll dabei sichern, dass die Themen von mehreren Kollektiven gemeinsam bearbeitet und interpretiert werden und Aushandlungsprozesse zum Verständnis konkreter europäischer Zusammenhänge nicht selbstreferentiell aus der Sicht einer homogenen Vergangenheitsvorstellung als europäisch postuliert werden. Das Kulturstraßenprogramm zielt dabei nicht auf eine kurzlebige Installation von Gedächtnisorten, sondern will einen kontinuierlichen interkulturellen Dialog über das gemeinsame Kulturerbe initiieren.

In der Präambel der Resolution über die Kulturstraßen des Europarates werden die Zielvorstellungen des Programms besonders deutlich. Dort heißt es, dass die Kulturstraßen, die auf den historischen Spuren von Menschen, Wanderungen und großen europäischen Geistesströmungen, unter anderem in den Bereichen der Philosophie, der Religion und Kultur, verlaufen, die Identifikation mit europäischen Werten und einem gemeinsamen Kulturerbe ermöglichen sollen. Indem die Kulturstraßen europaweite Einflüsse, grenzüberschreitende Austauschprozesse und gemeinsame Entwicklungen hervorheben, aus denen sich eine europäische Identität speist, sollen sie für die europäische Bevölkerung das 'Europäische' erlebbar machen. Darüber hinaus sollen die ausgezeichneten Projekte auf Basis von materiellem, immateriellem und natürlichem Kulturerbe die Geschichte Europas visualisieren und damit gemeinsame Werte zu erkennen helfen. Im Rahmen einer kulturellen Zusammenarbeit in Europa sollen die europäischen Kulturstraßen so eine Kommunikation der europäischen Identität der Vielfalt in der Einheit unterstützen.¹⁰⁷

¹⁰⁷ Ministerkomitee des Europarates: Resolution (98) 4. On the Cultural Routes of the Council of Europe. Präambel.

Dabei hebt das Programm den prozesshaften Charakter in der Konstruktion europäischer Identität hervor, der auch seinem Grundverständnis von kultureller Identitätsfindung inne wohnt. Indem „such co-operation mobilises and brings together a large number of individuals, organisations, institutions and structures in Europe, and thereby contributes to the process of European construction“ wird deutlich, dass keine vorgefertigte Identität lediglich kommuniziert werden soll, sondern dass die Akteure in den Kulturstraßennetzwerken an deren Konstruktion aktiv mitwirken können. Auch die Festlegung der gemeinsamen Werte, auf die sich ein geeintes Europa berufen kann, sind keinesfalls festgelegt. Der interdisziplinäre und grenzübergreifende Umgang mit der Geschichte Europas in den Kulturstraßennetzwerken, der die Verbindungen zwischen den Kulturen und Regionen sichtbar macht, soll erst dazu beitragen „to identify such common values and make them more tangible“¹⁰⁸.

Zum Erhalt des kulturellen und natürlichen Erbes, auf das sich diese Projekte berufen, hat der Europarat in den letzten Jahrzehnten zusätzlich weitreichende Kulturerbekonventionen verabschiedet, die mit dem Kulturstraßenprogramm verzahnt sind und den Schutz von Erbestätten in den Mittelpunkt rücken, um diese Orte fundierter Erinnerung für nachfolgende Generationen zugänglich zu machen. Darüber hinaus zielt das Programm der Kulturstraßen auf die Aufwertung des gemeinsamen Erbes und unterstützt neben kulturellen Entwicklungen auch wirtschaftliche und soziale. Über diesen Kontext erfolgt die Einbettung der Projekte in touristische Konzepte, die über die Schaffung neuer Freizeitmöglichkeiten wirtschaftliches Wachstum vor Ort begünstigen sollen.

Wie eingangs im Rahmen des Kultur- und Identitätskonzeptes des Europarates dargestellt, wird auch im Kulturstraßenprogramm nicht primär die Interaktion von Nationalkulturen befördert. Die frühere Programmberaterin im Europarat Ritva Mitchell machte schon vor der Verabschiedung der Resolution deutlich, welche Vielfalt in der Einheit die Kulturstraßen befördern können und wie breit das Verständnis von Akteuren ist.

„It is no longer only, or even mostly, nation states which carry out multilateral cooperation. It is regions, cities, cultural institutions, school classes, teachers and individual citizens who want to take part in the construction of the future heritage of Europe. They want to look together at their past and find common values and discover what makes us European in a process of globalisation.

¹⁰⁸ Ministerkomitee des Europarates: Resolution (98) 4. On the Cultural Routes of the Council of Europe.

[...]

[The Cultural Routes] bring together different people who in other circumstances may not meet. People with the same goals and values to work together in Europe, to promote European values, to do things together to see what can be passed on to future generations.”¹⁰⁹

Eine Kulturstraße kann dabei die unterschiedlichen Akteursgruppen gleichermaßen einbeziehen, indem sie parallel an verschiedenen Projekten arbeitet, solange diese im weiten Rahmen mit den kulturellen Werten Europas umgehen.

Dabei hängt die Auswahl der Aktivitäten im Wesentlichen von den Initiatoren der Kulturstraße, also den Projektträgern, dem historischen Hintergrund der Straße, aber auch von den zur Verfügung stehenden Mitteln ab.

Dem folgend ist die Ausprägung der einzelnen Kulturstraßen und ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich. Die Kulturstraße Martin von Tour hat in den letzten Jahren zahlreiche Wanderwege und die dazu notwendige Infrastruktur entwickelt, während die Mozartroute sich primär auf die Realisation internationaler Musikveranstaltungen konzentriert hat.

22.5 Kulturtourismus als Motor europäischer Identitätsbildung

Neben den vielfältigen Aktionsbereichen, in denen Kulturstraßenprojekte laut Resolution agieren können, ist die Entwicklung (kultur-)touristischer Angebote für alle obligatorisch. Das reicht von der Ausschilderung des Weges in der Landschaft, der Publikation von Reiseführern bis hin zu einer Zusammenarbeit mit Tourismusdienstleistern. Die dabei zugrunde liegende Zielstellung ist die Kommunikation der Kulturstraßenprojekte an die Öffentlichkeit, um die ursprünglichen Intention des Programms, die Verschränkung zwischen der Freizeit der Europäer und Themen von europäischer Bedeutung zu sichern.

¹⁰⁹ Mitchell/ Ritva: Proceedings of the Seminar on Cultural Roots. Challenge of Citizenship and sustainable development (Textversion der Rede), Straßburg 1997. abgerufen unter: http://www.culture-routes.lu/php/fo_index.php?lng=en&btfullsrch_x=10&btfullsrch_y=12&back=%252Fphp%252Ffo_index.php%253Fdest%253Dbd_mx_lst%2526action%253Dsrch%2526mode%253Dsrchav%2526lng%253Den%2526F_fullsrch%253DMitchell%25252C%252BRitva%2526btfullsrch.x%253D10%2526btfullsrch.y%253D12&dest=bd_d_o_det&id=00000218. Abgerufen am: 22.06.2010.

Es geht dabei nicht um den Verkauf massentouristischer Produkte, sondern um die Förderung von nachhaltigem, oft entschleunigten Individualtourismus. Nach diesem Verständnis müssen „tourism development and infrastructure projects take account of the aesthetic, social and cultural dimensions, natural and cultural landscapes, biodiversity characteristics and the broader visual context of heritage places“¹¹⁰. Die Bedeutung solcher touristischer Angebote für die Förderung eines europäischen Zusammenhaltes konkretisiert der Europarat in der 'Resolution 185(2004) on the promotion of Cultural Tourism as a Factor of Development of the Regions'. Er versteht dabei Reisen und Bewegung als Kennenlernen des Anderen und damit als Grundvoraussetzung für gemeinsame Identität, denn:

„tourism offers the opportunity to discover other regions and cultures, and [...] the development of tourism in general, and by regional authorities in particular, can help to bring people closer together, creating a respectful awareness of the diversity of cultures and lifestyles“¹¹¹

[...]

tourism helps to develop the feeling of a European identity and to raise awareness of the values of the cultural heritage of peoples in their regional diversity, while promoting respect for different cultures and constituting a factor for tolerance;¹¹²

Diese Vorstellung bindet der Europarat wieder rück an die Kulturstraßenprojekte, in dem er sich verpflichtet „to support the creation of European cultural routes bringing together regions of Western, Central and Eastern Europe to develop tourism strategies, policies and projects“¹¹³.

Ein Jahr später gelingt es dem Europarat, seine Überlegungen zum Kulturtourismus für die Bedeutung des europäischen Erbes noch deutlicher zu formulieren, so dass gegenseitige Bezüge sichtbar werden. Mit der Verabschiedung der Dubrovnik Declaration im Jahre 2005 unter der Fragestellung „Cultural Tourism – Economic Benefit or Loss of Identity?“ formuliert er seine Überzeugung, dass

¹¹⁰ Resolution 185(2004) on the promotion of Cultural Tourism as a Factor of Development of the Regions, Artikel 10i

¹¹¹ Resolution 185(2004) on the promotion of Cultural Tourism as a Factor of Development of the Regions, Artikel 4

¹¹² Resolution 185(2004) on the promotion of Cultural Tourism as a Factor of Development of the Regions, Artikel 6

¹¹³ Resolution 185(2004) on the promotion of Cultural Tourism as a Factor of Development of the Regions, Artikel 10i

„cultural tourism has a major role to play in preserving and realising the value of our cultural heritage, which includes not only the physical heritage and landscape, but also the intangible heritage such as languages and religious and culinary traditions.

[...]

cultural tourism is a determining factor for cultural exchange, for getting to know the other, and for cultural diversity to flourish;

recognising therefore its contribution to the peaceful affirmation of our different identities;“.

Damit bleibt die Priorität des gegenseitigen Kennenlernens, die der Europarat als Voraussetzung für europäischen Zusammenhalt bereits in der Kulturkonvention formuliert hatte, nicht mehr nur auf der Ebene der Bildung und Kommunikation, sondern erweitert sich um reale Begegnung und Bewegung des Einzelnen in Europa. Das intensiviert wiederum auch den interkulturellen Dialog der Akteure in den Kulturstraßennetzwerken, denn nicht nur das gemeinsame Thema und seine inhaltliche Ausformung ist gemeinsam zu entwickeln, sondern auch der gemeinsame Umgang mit dem europäischen Erbe, die Entwicklung von touristischer Infrastruktur und vor allem deren nachhaltiger Aufrechterhaltung erfordert transnationalen Konsens.

22.6 20 Jahre Kulturstraßenprogramm des Europarates

Im Jahre 2007 hatten das Kulturstraßenprogramm des Europarates und die Anerkennung der Pilgerwege nach Santiago de Compostela ihr 20jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass wurden auch die grundlegenden Dokumente, die Deklaration von Santiago von 1987, die eher die inhaltlichen und programmatischen Zielstellungen des Programmes vorstellt, reflektiert und die Resolution über die Kulturstraßen von 1998, die die formalen Kriterien beinhaltet zum Teil geändert.

In 2007 wurde dabei bestätigt, dass die Ziele aus der Santiago-Deklaration von 1987 im Wesentlichen erreicht worden waren. Die inzwischen 17 anerkannten Kulturstraßen hatten dazu beigetragen, „to overcome distances, frontiers and language barriers“. Sie haben grundlegende Werte Europas formuliert daran mitgewirkt „to build a society founded on tolerance, respect for others, freedom and solidarity“.

An dieser Stelle ist eine schrittweise Schließung des Programmes zu beobachten, die den völlig freien diskursiven Charakter etwas reduziert und mehr Konstanten einsetzt. Beispielsweise wurde die Formulierung der Zielstellung „to identify such common values“ in der ursprünglichen Resolution von 1998 in deren Aktualisierung 9 Jahre später durch die Worte „to uphold these common values“ vollständig ersetzt. Was als völlig offenes Experiment begonnen hatte, wurde durch 20 Jahre Erfahrung konkretisiert.

Seinen kommunikativen Charakter hat das Programm dennoch nicht verloren, es bindet nach wie vor die Eckpfeiler einer europäischen Identität aneinander, wie sie der Europarat schon in seiner Kulturkonvention vorgestellt hat, da die Kulturstraßen sich als funktionales Werkzeug zur Initiierung von Diskursen zu europäischen Themen bewiesen haben:

„Thanks to this spirit of dialogue and share that was attained long ago, the tracking and discovery of the Cultural Routes of the Council of Europe will permit in an even more essential way, especially for the younger generations, a perusal of Europe enriched by its cultural diversity, and will also mean a warrant for the future of a democratic European construction that must be based, more than ever, upon the culture, the acknowledgement of history, of memory and heritage common to the Europeans.“¹¹⁴

Das Programm der Kulturstraßen hat dabei, wie das Identitätskonzept des Europarates insgesamt, eine hohe Flexibilität gegenüber neuen gesellschaftlichen Entwicklungen gezeigt. Während seiner Laufzeit fand die politische Wende und der Beitritt aller postkommunistischen Staaten zum Europarat statt und hat den Programmraum um neue Territorien, Themen und Akteure erweitert, die neue Ansätze für eine gemeinsame Reaktivierung europäischer Geschichte und europäischen Erbes bieten, aber auch neue Herausforderungen. In den neuen Mitgliedsländern sind die Infrastrukturen für Tourismus und zum Schutz des baulichen und natürlichen Erbes oft bei Weitem nicht so entwickelt, wie in den westeuropäischen Staaten und der Aufbau derartiger Strukturen vollzieht sich nun parallel zur Entwicklung von Kulturstraßenprojekten und wird von ihnen unterstützt.

Den transnationalen Kulturstraßen, insbesondere jenen, die ost-, mittel- und westeuropäische Länder zugleich einbeziehen, kommt in diesem Kontext eine weitere Aufgabe zu. In den 20 Jahren des Bestehens des Kulturstraßenprogrammes ist eine Generation von Europäern

¹¹⁴ 20 Jahre Santiago Deklaration, 2007

herangewachsen „that did not experience the renewal of European ideas following the world's conflicts“¹¹⁵. Bezieht man sich auf die originäre Aufgabe des Europarates der Friedenssicherung durch Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften und überträgt diese auf die Kulturstraßen, so müssen Projekte auch die konfliktreiche und kriegerische Vergangenheit Europas in den Generationen wach halten, die diese Zeiten selbst nicht erlebt haben.

Diese Aufgabe, als greifbare Gedächtnislandschaft zu fungieren, die in einer gemeinsamen Erinnerungsgemeinschaft die europäische Geschichte Generationen-übergreifend transportiert, stellt dabei völlig neue Anforderungen an die Nachhaltigkeit der Kulturstraßennetzwerke, die sich deutlich in Änderungen der Resolution niedergeschlagen haben.

22.7 Neugewichtung der Netzwerkanforderungen

Die neue Resolution CM/Res (07)12 über die Kulturstraßen des Europarates, die 9 Jahre nach Verabschiedung die erste ersetzte, übernimmt weitestgehend deren Kriterien und Regelungen des Programmes. Nur minimale Ergänzungen und Veränderungen wurden dem Text hinzugefügt, die jedoch insgesamt eine Verschärfung der Anerkennungsbedingungen bedeuten und sich auf die Formalisierung der Netzwerkstrukturen der Projekte und die Entwicklung touristischer Angebote beziehen. Es macht den Anschein, dass Mechanismen entwickelt werden sollten, die die Basisideen, wie den nachhaltigen Dialog, die kontinuierliche Arbeit in stabilen Netzwerkstrukturen und die Kommunikation der Kulturstraßen an die Bevölkerung sichern können.

Schon in der alten Resolution war festgeschrieben, dass die Gründung eines formalen Netzwerkes mit eigenem Rechtsstatus Bedingung für eine Anerkennung als Kulturstraße des Europarates ist. Mit der neuen Resolution wurden dazu jährliche Evaluationen installiert, deren erfolgreiche Absolvierung die Bedingung für den Erhalt des Titels „Kulturstraße des Europarates“ ist und in denen neben allgemeinen Netzwerkaktivitäten die Satzung, Mitgliederzahl, Mitgliedsbeitrag und demokratische Prinzipien in den Netzwerken überprüft werden.

¹¹⁵ 20 Jahre Santiago Deklaration, 2007

Daneben sind die Regelungen um die zwingende Entwicklung touristischer Angebote erweitert worden und „the theme must lend itself to the development of tourist products in partnership with tourist agencies and operators aimed at different publics, including school groups;“¹¹⁶.

Diese Verschärfungen scheinen einem nachvollziehbaren strukturellen Problem entgegen wirken zu wollen. Da die Anerkennung eines Netzwerkes als Kulturstraße des Europarates mit keinerlei finanzieller Unterstützung durch den Europarat oder ein anderes Gremium verbunden ist, steht die Frage einer dauerhaften Finanzierung der Projekte, welche die Netzwerke selbst sichern müssen. Eine häufig genutzte Möglichkeit, Mittel für diese transnationalen Aktivitäten einzuwerben, sind dabei die Förderprogramme im Bereich der Strukturförderung der Europäischen Union. Diese sind jedoch auf einen Bewilligungszeitraum von maximal drei Jahren befristet und es geschieht nicht selten, dass Netzwerke nach Auslaufen der Förderperioden ihre Arbeit einstellen müssen, bis sie neue Finanzierungsquellen erschlossen haben. Feste Mitgliedsbeiträge in formalen Netzwerken und Einnahmen durch die Entwicklung touristischer Produkte können hier nachhaltig die Kooperationsstrukturen sichern. Das hat jedoch deutliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Netzwerke. Hatte Ritva Mitchell in ihrer Rede über die Kulturstraßenakteure noch „regions, cities, cultural institutions, school classes, teachers and individual citizens“ anstelle von Nationalstaaten benannt, so fallen die drei letztgenannten Gruppen peu à peu in den Status der Teilnehmer an Einzelaktionen zurück, während sich die Netzwerke und das Europäische Institut der Kulturstraßen verstärkt bemühen, das Programm und die Projekte in nationalen Aktionsplänen zu verankern und öffentliche Körperschaften als Netzwerkmitglieder zu gewinnen, weil diese als einzige über einen stabilen Haushalt verfügen.

Im Evaluationsbogen zur Bewertung der Einhaltung der Resolutionsvorgaben durch die Netzwerke stehen bei Abfrage der Mitglieder an erster Stelle Verwaltungen – Schulen und Einzelpersonen sind in den Status der Visitors gerutscht. Auch die Ergebnisse des Kulturstraßenprogrammes, die nach 20jährigem Bestehen in der erneuerten Santiago

¹¹⁶ Ministerkomitee des Europarates: Resolution CM/Res (07)12. On the Cultural Routes of the Council of Europe. Punkt I/6.

Deklaration reflektiert wurden, beziehen sich nun auf „countries, local communities and private agents“¹¹⁷ als Kooperierende in den Netzwerken.

Diese Entwicklungen sind dem Kulturstraßenprogramm nicht vorzuwerfen, sie bestätigen vielmehr eine Schwierigkeit in der Initiierung nachhaltiger Diskurse – es bedarf mehrerer Ressourcen, um sich an kontinuierlichen Aushandlungen zu beteiligen, was einen Überhang an Eliten als Teilnehmer begünstigt.

23 Fazit

Es zeigt sich demnach, dass sich die Bewertung der Leistungsfähigkeit theoretischer Identitätskonzepte nicht geradlinig auf ihre tatsächliche praktische Wirksamkeit übertragen lässt, auch wenn die entwickelten Programme und Instrumente die politischen Überlegungen genau übersetzen. Es ist jedoch festzuhalten, dass das diskursive Herangehen an die Ausformung einer europäischen Identität, wie es der Europarat vertritt, vermutlich geeigneter ist, diese in öffentlichkeitswirksamen Formen zu entwickeln und zu verbreiten, als es die eher normativen und nach wie vor auf Alterität basierenden Auffassungen in den Gremien der EU-Kommission ermöglichen.

Das Kulturstraßenprogramm kann in der Ausformung seiner Zielstellungen und Richtlinien die prozesshafte Identitätsvorstellung des Europarates sehr umfassend auf die Ebene konkreter Aktionen übertragen. Sein flexibler und diskursiver Charakter kann die vielfältigen Prozesse von Globalisierung, Entnationalisierung und Individualisierung von Lebenswelten dynamisch integrieren und gleichzeitig die Interessen der europäischen Bürger in seinen Themen abbilden, ohne dabei seine Wesenheit zu verlieren.

Die eingangs dargestellten Vorteile eines Identitätskonzeptes, das die Entstehung eines Zusammengehörigkeitsgefühls aus einer freien Kommunikationsgemeinschaft seiner Bürger heraus befürwortet, hallen im Kulturstraßenprogramm wider. Zu initiieren ist dieser Diskurs jedoch nur schwer, weil er einerseits hohe strukturelle Anforderungen an Gleichberechtigung, Hierarchiefreiheit und Gleichheit der Diskursteilnehmer stellt und andererseits in hohem Maße von deren freiwilliger und gleichzeitig aufwändiger Beteiligung abhängt, die man nicht erzwingen kann.

¹¹⁷ 20 Jahre Santiago Deklaration, 2007

Damit ist das Konzept der Identitätsbildung in einer gesamteuropäischen Diskursarena nicht frei von Problemen, die seine Umsetzung erschweren und aus dem Kulturstraßenprogramm ablesbar sind. Die Vorstellung eines transnationalen Diskursraumes hat bis heute zahlreiche skeptische Haltungen anerkannter Wissenschaftler hervorgebracht, die die Chancen der Entstehung einer Sphäre von Öffentlichkeit in dieser geographischen Ausdehnung äußerst gering einschätzen. Zu ihnen zählen unter Anderem Peter Graf Kielmansegg, Dieter Grimm, Rainer M. Lepsius, Fritz Scharpf und Philip Schlesinger und ihre Argumente sind durchaus beachtenswert in Bezug auf die Leistungsfähigkeit dieses Identitätskonzeptes des Europarates.

Die bereits angeführte Beobachtung einer Dominanz von Eliten in den Diskursen innerhalb der Kulturstraßennetzwerke verweist auf ein erstes Strukturproblem des freien Diskurses. Der Europarat zielt auf das Initiieren von Kommunikationsräumen für die europäischen Völker, in Wirklichkeit findet die Aushandlung jedoch oft nur zwischen elitären Gruppen statt, die über gemeinsames Wissen zu Einzelthemen verfügen und durch ein grundsätzliches Interesse am diskutierten Thema miteinander verbunden sind.¹¹⁸ Wie die Masse, welche viel geringere – allein schon zeitliche – Möglichkeiten hat, sich am Diskurs zu beteiligen als dafür abgestellte Eliten, thematisch und technisch einzubeziehen wäre, fragt das Modell nicht.

Die für den Diskurs abgestellten Eliten leiten zu einem weiteren ganz grundsätzlichen Argument, was schon gegen das Konzept der Konstruktion einer europäischen Identität seitens der Europäischen Union angebracht wurde und hier unter umgekehrtem Vorzeichen ebenso anwendbar ist. Woher kommt das Interesse, sich freiwillig an dem aufwändigen Diskurs zu beteiligen? Ist die Vorstellung, der gemeinsame Diskurs führe zu einer gemeinsamen Identität nicht idealisiert? Ist nicht vielmehr Identität die Voraussetzung für das Interesse, sich überhaupt an gemeinsamen Aushandlungsprozessen zu beteiligen? Kann jemand auf die Idee kommen, sich an der Entwicklung einer Kulturstraße und an der Diskussion der mit ihr verbundenen Themen zu beteiligen, wenn er sich nicht schon für Europa und dessen Geschichte interessiert? Die Frage ist hierbei, ob die Diskursarena nicht ihrer Natur nach von Anbeginn schon verzerrt sein muss, weil sich nur Eliten daran beteiligen können – sei es aus Gründen der zur Verfügung stehenden Ressourcen oder aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen.

¹¹⁸ Eriksen [2005] S. 351 f.

Darüber hinaus kann man ein weiteres Argument gegen das Konzept in Stellung bringen, das an der Schnittstelle der kommunikationswissenschaftlich-soziologischen Forschung identifiziert wurde – die Frage nach der generellen Möglichkeit zur Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen. Der kulturelle Kontext von Sprecher, Rezipient und Publikum sei besonders in transnationalen Diskursen so unterschiedlich, die Interpretation von Nachrichten werde so inkompatibel ausfallen, dass ein Diskurs nicht stattfinden könne. Verschiedene Öffentlichkeiten sprechen grundsätzlich über verschiedene Dinge. Ob Mitglieder einer Nationalkultur, differenziert in zahlreiche unterschiedliche regionale Kulturen: beispielsweise ein Thüringer und ein Bayer, ein Kiever und ein L’viver oder ein Baske und ein Andalusier in einer Diskussion in derselben Sprache immer die selben Dinge meinen, darf darüber hinaus ebenso bezweifelt werden.

Zudem setzt das Konzept des transnationalen Diskurses ein hohes Maß an Gleichberechtigung aller Teilnehmer voraus, die sich beispielsweise in der Möglichkeit zur Erlangung desselben Wissens im Vorfeld manifestiert. Wie sehr Diskussionsteilnehmer aus allen europäischen Staaten wirklich den gleichen Zugang zu den Informationen haben, die für den Diskurs relevant sind, darf allein durch die Arbeitssprachen des Europarates bezweifelt werden. Während die EU ihre sämtlichen Dokumente in allen 27 Landessprachen veröffentlicht, sind die Arbeitssprachen des Europarates ausschließlich französisch und englisch, sie werden nur zum Teil in weitere Sprachen übersetzt. Das privilegiert die Muttersprachler von vornherein und auch die Sprachenvielfalt während des Diskurses sehen die Skeptiker als das größte Hindernis für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit.¹¹⁹

Indem jedoch das Kulturstraßenprogramm des Europarates nicht „verordnet“ oder durch finanzielle Anreize künstlich dynamisiert wird, spiegeln die anerkannten Kulturstraßen ein tatsächlich vorhandenes öffentliches Interesse wider. Die z.Z. anerkannten Kulturstraßen gründen in allen Fällen auf der Initiative von Akteuren vor Ort. Es gibt gegenwärtig 28 vom Europarat ausgewählte Themen, davon sind 17 als Kulturstraßen anerkannt. Die Projektpartner sind in 33 europäischen Ländern beheimatet. Der Europarat vergibt in diesem Bereich keine Aufträge und veranstaltet keine Kampagnen. Nach Aussage des Institutes der Kulturstraßen ist dennoch eine in den letzten Jahren ständig wachsende Anzahl von Themenvorschlägen und Anträgen auf Anerkennung eines Netzwerkes als „Kulturstraße des Europarates“ ein Zeichen dafür, dass trotz der berechtigt vorgetragenen Einwände und Vorbehalte das Kulturstraßenprogramm des Europarates eine tragfähige Basis gewonnen hat.

¹¹⁹ Van de Steeg [2001] S. 499 ff.

Weitergehend müsste untersucht werden, wie anerkannte Kulturstraßen wirklich funktionieren und welchen Beitrag sie zur Herausbildung einer europäischen Identität – nicht nur theoretisch leisten können – sondern in der Wirkung auf eine breitere Öffentlichkeit praktisch leisten.

Anderson, Benedict R. (1985):

Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism.
Verso, London.

Assmann, Jan (1992):

Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. C. H. Beck, München.

Assmann, Jan (2000):

Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. C. H. Beck, München.

Beck, Ulrich/ Grande, Edgar (Hrsg.) (2004):

Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. 2. Auflage. Suhrkamp Verlag GmbH und Co. KG, Berlin.

Bielskis, Andrius (2003):

Die Europäische Union: Eine Gefahr für den Nationalstaat
und nationale Identität?.

publiziert unter: <http://www.eurozine.com/articles/2003-07-22-bielskis-de.html>.

Busek, Erhard (1999):

Vielfalt oder Einfalt. Vortrag vor der Elias-Canetti-Gesellschaft in Rousse, 1999.

Csáky, Moritz/ Feichtinger, Johannes (Hrsg.) (2007):

Europa – geeint durch Werte? Die europäische Wertedebatte auf dem Prüfstand der Geschichte. transcript, Bielefeld.

Christiansen, Thomas/ Jorgensen, Knud Erik/ Wiener, Antje (Hrsg.) (1999):

The social construction of Europe.

In: Special Issue Journal of European Public Policy, 6 (4)

Dahrendorf, Ralf (1969):

Class and class conflict in industrial society. Calif. Stanford Univ.Pr..

Debeljak, Aleš (2002):

Gemeinsame Träume ... Wir haben Europa, jetzt brauchen wir 'Europäer'. Lettre 57.

Delouche, Frédéric/ et. al. (1992):

Europäisches Geschichtsbuch – geschichtliches Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I&II. Klett-Verlag, Stuttgart.

Deutsch, Karl (1957):

Political Community and the North Atlantic Area. Princeton University Press.

Derrida, Jacques/ Habermas, Jürgen (2003):

Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas.

In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 05. 2003; S. 33.

Donig, Simon/ Meyer, Tobias/ Winkler, Christiane (Hrsg.) (2005):

Europäische Identitäten - Eine europäische Identität?. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Eder, Klaus/ Giesen, Bernhard (Hrsg.) (2001):

European citizenship: between national legacies and postnational projects. Oxford Univ. Press., Oxford.

Eder, Klaus/ Kantner, Cathleen (2000):

Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): Transnationale Integrationsprozesse in Europa. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Enser, Stephan (2003):

Europa als Mnemotop: Kulturtourismus als Programm der europäischen Identitätsbildung. Vortrag; veröffentlicht unter: www.uni-wuerzburg.de/soziologie/enser-vortrag-berlin.doc, veröffentlicht am: 20. Juni 2010.

Eriksen, Erik Oddvar (2005):

An emerging European public sphere. In: European Journal of Social Theory 8(3). S. 341-363

Gehrke, Hans-Joachim (2005):

Die Antike in der europäischen Tradition und in der modernen Geschichtswissenschaft. In: Donig/ Simon, Meyer/Tobias, Winkler/ Christiane (Hrsg.): Europäische Identitäten - Eine europäische Identität?. Nomos Verlag, Baden-Baden. S. 33 – 52.

Gerhards, Jürgen (1993):

Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer Europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie 22(2). S. 96-110.

Gerhards, Jürgen (2001):

Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Transnationale Integrationsprozesse in Europa. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Gerhards, Jürgen (2002):

Das Öffentlichkeitsdefizit der EU in Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut/ Kirsch, Martin/ Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Campus, Frankfurt/ Main.

Giesen, Bernhard (1999):

Kollektive Identität. Suhrkamp, Frankfurt/ Main.

Giesen, Bernhard (1999):

Europa als Konstruktion der Intellektuellen. In: Viehoff, Reinhold/ Segers, Rien (Hrsg.): Kultur. Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion. Suhrkamp, Frankfurt/ Main. S. 130 – 146.

Giesen, Bernhard (2002):

Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive. In: Kaelble, Hartmut/ Kirsch, Martin/ Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Campus Verlag, Frankfurt/New York.

Giesen, Bernhard (2004):

Triumph und Trauma. University of California Press.

Glottz, Peter (1993):

Die Irrwege des Nationalismus.

In: Interkulturelle Monatszeitschrift aus Thüringen (6)93. S. 11 ff.

Grimm, Dieter (1995):

Does Europe need a constitution? In: European Law Journal 1(3), S. 282 – 302.

Grimm, Dieter (2003):

Die größte Erfindung unserer Zeit. Als weltweit anerkanntes Vorbild braucht Europa keine eigene Verfassung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.06.2003, S. 35.

Habermas, Jürgen (1971):

Theorie und Praxis: sozialphilosophische Studien. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/ Main.

Habermas, Jürgen (1990):

Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/ Main.

Habermas, Jürgen (1992):

Citizenship and National Identity: Some Reflections on the Future of Europe. In: Open praxis: The bulletin of the International Council for Distance Education, 12(1), S. 1 - 19.

Habermas, Jürgen (1996a):

Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie.
Suhrkamp Verlag, Frankfurt/ Main.

Habermas, Jürgen (1996b):

Der europäische Nationalstaat - Zur Vergangenheit und Zukunft von Souveränität und Staatsbürgerschaft. In: ders. (1996a). S. 128 – 153.

Hacke, Jens (2008):

Wir-Gefühle - Repräsentationsformen kollektiver Identität bei Jürgen Habermas. Publiziert auf www.eurozine.de. abgerufen unter:
<http://www.eurozine.com/articles/2008-12-22-hacke-de.html>.
abgerufen am: 26. Juli 2010.

Halbwachs, Maurice (1991):

Das kollektive Gedächtnis. 2. Auflage. Fischer Verlag, Frankfurt/ Main.

Hug, Simon (2002):

Voices of Europe. Citizens, Referendums and European Integration. Lanham, Md.,
Rowman Littlefield.

Joas, Hans/ Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2005):

Die kulturellen Werte Europas. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ Main.

Jung, Matthias (2008):

Einheit in Vielheit? – Europas kulturelle Identität als Forschungsaufgabe. Berlin.

Kaelble, Hartmut/ Kirsch, Martin/ Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.) (2002):

Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Campus-Verlag
GmbH, Frankfurt/ Main.

Kielmannsegg, Peter Graf (1996):

Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.):
Europäische Integration. Leske + Budrich, Opladen.

Klein, Armin (2005):

Kulturpolitik: Eine Einführung. 2. Auflage. VS Verlag, Wiesbaden.

Kocka, Jürgen (2002):

Wo liegst Du, Europa? Die Identität des Kontinents ist nicht eindeutig. Die Zeit 49.

Kohli, Martin (2002):

Die Entstehung einer europäischen Identität: Konflikte und Potentiale. In: Kaelble,
Hartmut/ Kirsch, Martin/ Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): Transnationale Öffent-

lichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Campus-Verlag GmbH, Frankfurt/Main. S. 111 – 133.

König, Helmut (2008):

Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft wird heute neu entdeckt. In: König, Helmut/ Schmidt, Julia/ Sicking, Manfred (Hrsg.): Europas Gedächtnis - Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität.

Transcript Verlag, Bielefeld.

Koopmans, Ruud/ Rucht, Dieter (2001):

The New Workgroup 'Political Public and Mobilization' at the Berlin Science Center for Social Research

Krienke, Markus/ Belafi, Matthias (Hrsg.) (2007):

Identitäten in Europa – Europäische Identität. Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.

Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal (1991):

Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Passagen Verlag, Wien.

Lepsius, M. Rainer (1999):

Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität. In: Viehoff, Reinhold/ Segers, Rien T. (Hrsg.): Kultur – Identität - Europa. Über die Schwierigkeiten einer Konstruktion. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/ Main. S. 201 – 222.

Lord, Christopher (2001):

Assessing Democracy in a Contested Polity. Journal of Common Market Studies 39, 4. S. 641 – 661.

Meyer, Christoph O. (1999):

Political Legitimacy and the Invisibility of Politics: Exploring the European Union's Communication Deficit. In: Journal of Common Market, Studies 37. S. 617 – 639.

Neidhardt, Friedhelm/ Koopmans, Ruud/ Pfesch, Barbara (2000):

Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit. Der Fall Europa. In: Klingemann, Hans Dieter/ Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Die Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000.

Berlin: sigma. S. 263 – 294.

Niedermayer, Oskar (1995):

Public opinion and internationalized governance. Oxford University Press: Oxford.

Nowicki, Joanna (2006):

Gérer l'interculturel - Alibi? Mode ou illusion?. Publiziert unter: www.contrepointphilosophique.ch Rubrique Philosophie. veröffentlicht am: 20 März 2006.
abgerufen am: 15. August 2010.

Quenzel, Gudrun (2005):

Konstruktionen von Europa: Die europäische Identität und die Kulturpolitik der Europäischen Union. transcript Verlag, Bielefeld.

Reckwitz, Andreas (2001):

Multikulturalismus und der Kulturbegriff. Vom Homogenitätsmodell zum Modell kultureller Interferenzen. In: Berliner Journal für Soziologie. Ausgabe 2. S. 179 – 200.

Scharpf, Fritz (1999):

Demokratieprobleme in der europäischen Mehrebenenpolitik. In: Merkel, Wolfgang/ Busch, Andreas (Hrsg.): Demokratie in Ost und West. Suhrkamp Verlag: Frankfurt/ Main. S. 672 – 694.

Scharpf, Fritz (1970):

Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Cornelsen Vlg Scriptor, Konstanz.

Scharpf, Fritz (1999):

Regieren in Europa – effektiv und demokratisch?. Campus Verlag, Frankfurt/ M.

Schmale, Wolfgang (2007):

Eckpunkte einer Geschichte Europäischer Identität. In: Nida-Rümelin, Julian/ Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Schmale, Wolfgang (2008):

Geschichte der europäischen Identität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 1-2/2008). bpb, Bonn. S. 14 – 19.

Spohn, Willfried (2000):

Die Osterweiterung der Europäischen Union. In: Berliner Journal für Soziologie. Ausgabe 2. S. 219 – 240.

Taylor, Charles (1996):

Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/ Main.

Tieker, Wilhelm (2002):

Der Mythos von der Idee Europa: zur Kritik und Bedeutung historischer Entwicklungsgesetze bei der geistigen Verankerung der europäischen Vereinigung. Lit Verlag, Münster.

Trenz, Hans-Jörg. (2000):

Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit? In: Bach, Maurizio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 40. Westdeutscher Verlag: Opladen. S. 332-359

Trenz, Hans-Jörg. (1999):

Anti-Rassismus Kampagnen und Protestmobilisierung in Europa. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 12. S. 78 – 84.

Urban, Thomas (2003):

Wo hört Europa auf?. In: Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 2003.

Van de Steeg, Marianne (2001):

Rethinking the Conditions for a Public Sphere in the European Union. In: European Journal of Social Theory 5(4). S. 499 – 519.

Wagner, Peter (2005):

Hat Europa eine kulturelle Identität? In: Joas, Hans/ Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Die kulturellen Werte Europas. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/ Main. S. 494 – 511.

Wyrwa, Ulrich (1994):

Europäisches Geschichtsbuch. Ein Versuch. In: WerkstattGeschichte. Ausgabe 8. Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V., Hamburg. S. 93 – 94.